

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgeb.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Leipzig, 22. September.

Ueber die Ergebnisse der deutschen Gewerbe-zählung vom 14. Juni 1895 wird uns von unserem S.-Mitarbeiter geschrieben:

Eine der Hauptaufgaben, die der neue Reichstag höchstwahrscheinlich zu erledigen haben wird, ist der Abschluß neuer Handelsverträge, da die bestehenden Ende 1903 ablaufen. Es wird daher wohl kaum unangebracht erscheinen, wenn wir unter diesen Umständen dem Leser die Ergebnisse der letzten deutschen Gewerbe-zählung unterbreiten. Denn nur eine genaue Kenntnis der Thatsachen und der Richtung unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie u. a. aus dem Vergleich der verschiedenen Gewerbe-zählungen zu Tage tritt, kann uns einen brauchbaren Maßstab zur Verteilung der handelspolitischen Forderungen verschiedener politischer Parteien liefern.

Bekanntlich hatten sich bei der Gewerbe-zählung die Ermittlungen auf die eigentlichen Handwerks-, Industrie- und Fabrikationsgewerbe mit Einschluß des Bergbaus, Hütten- und Salinenwesens und des Bergwerkes, auf die Gewerbe des Handels und Verkehrs einschließlich der Gast- und Schankwirtschaft, sowie auf Kunst- und Handelsgärtnerei, die Fischerei und die gewerbsmäßige nicht landwirtschaftliche Tierzucht zu erstrecken. Wer eines der in den Rahmen der Aufnahme fallenden Gewerbe selbständig — als Eigentümer, Pächter, Meister, Direktor oder sonstiger Geschäftsleiter: Hausierer, Hausindustrieller, Heimarbeiter — wenn auch im kleinen Umfange oder nur als land- oder forstwirtschaftliches Nebengewerbe oder neben sonstigem Haupterwerb betreibt, hatte die eingangs erwähnten Fragen zu beantworten und bei Bejahung einen Gewerbebogen auszufüllen. Dabei wurde angeordnet, daß, wo verschiedenartige Gewerbe zu einem Betriebe vereinigt seien, dieser nach Personal und motorischer Kraft zerlegt und die einzelnen Zweige dieses Betriebes in besonderen Gewerbebogen nachgewiesen werden sollen. Desgleichen wurden gleichartige Betriebe desselben Besitzers, die räumlich voneinander getrennt liegen, und jeder für sich bestehen (Zweige, Zweiggeschäfte u. dgl. m.), als selbständige Betriebe angesehen, für die, wenn mit einer Hilfskraft ausgeübt, eigene Gewerbebogen auszustellen waren. Diese beiden Momente mußten natürlich dahin führen, die Zahl der größten Betriebe beträchtlich kleiner als tatsächlich erscheinen zu lassen. Selbstverständlich kann es nicht unsere Aufgabe sein, diese und sonstige zahlreiche Mängel, die der deutschen Gewerbe-zählung anhaften, an dieser Stelle näher zu erörtern. Wir

begnügen uns daher mit der Konstatierung, daß die neue Gewerbe-zählung ihrer ganzen Anlage nach sich ziemlich eng an die vom Jahre 1882 an schloß. Die Ergebnisse beider Zählungen lassen sich demnach verhältnismäßig bequem miteinander vergleichen.

Bei der Erhebung am 14. Juni 1895 wurden im deutschen Reich insgesamt ca. 3658000 Betriebe, d. h. um ca. 48000, gleich ca. 1,3 Proz., mehr ermittelt als im Jahre 1882. Unter diesen Betrieben waren im Jahre 1895 3145000 Haupt- und 513000 Nebenbetriebe,\* gegen 3005000 bezw. 604000 im Jahre 1882. Die Zahl der Nebenbetriebe, die, wie aus der Definition hervorgeht, zum überwiegend größten Teil eine nur ganz unbedeutende wirtschaftliche Bedeutung haben, hat sich demnach um ca. 15 Proz. vermindert. Die Hauptbetriebe weisen dagegen eine kleine Zunahme von ca. 4,6 Proz. auf, die sich größtenteils wohl darauf zurückführen läßt, daß ein Teil der früher als Nebenbetriebe bezeichneten Unternehmungen diesmal als Hauptbetriebe angegeben wurden. Zieht man in Betracht, daß die Bevölkerung des deutschen Reiches in dem Zeitraum 1882 bis 1895 sich um ca. 13 bis 14 Proz. vermehrte, so ergibt sich daraus die äußerst wichtige Schlussfolgerung, daß der überwiegend größte Teil des Bevölkerungszuwachses von vornherein dazu verdammt war, seinen Lebensunterhalt als Lohnarbeiter zu verdienen. Das tritt sofort zu Tage, wenn man die sog. Kleinbetriebe, worunter die selbständigen Gewerbetreibenden, die ohne Mitinhaber, Gehilfen oder Motoren arbeiten, zu verstehen sind; von der Gehilfenbetriebe (eine abgekürzte Bezeichnung für Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe) scheidet. Bei Durchführung dieser Trennung ergibt sich, daß die Zahl der Kleinbetriebe von ca. 1878000 auf ca. 1714000, d. h. um ca. 9 Proz., gesunken ist, während die Gehilfen- und Motorenbetriebe eine den Bevölkerungszuwachs beträchtlich übersteigende Zunahme aufweisen.

Noch interessanter gestalten sich die Ergebnisse der Gewerbe-zählung, wenn man die Hauptbetriebe und das darin beschäftigte Personal nach den Größenklassen scheidet. Im Anschluß an die übliche Benennungsart werden wir die Betriebe mit weniger als 6 Personen als Kleinbetriebe, die mit 6 bis 50 Personen als Mittelbetriebe und die mit mehr als 50 Personen als Großbetriebe bezeichnen. Vergleicht

\* Als Hauptbetriebe werden solche angesehen, innerhalb deren Betriebsstätten eine oder mehr Personen mit ihrer alleinigen oder Hauptbeschäftigung tätig sind, als Nebenbetriebe solche, in denen sowohl die Inhaber wie die sonst Beschäftigten neben einem anderen Hauptberufe das Gewerbe nur als Nebenberuf ausüben.

man nun die diesbezüglichen Ergebnisse der letzten Zählung mit denen aus dem Jahre 1882, so ergibt sich, daß die Zahl der Kleinbetriebe sich von ca. 2883000 auf ca. 2935000, d. h. um ca. 1,8 Prozent, vermehrt hat, gegenüber einer Zunahme von ca. 70 Prozent bei den Mittel- und ca. 90 Prozent bei den Großbetrieben. In ähnlicher Weise vermehrte sich das Personal der Kleinbetriebe nur von ca. 4336000 auf ca. 4771000 Personen, d. h. um ca. 10 Prozent, gegenüber einer Zunahme von 1392000 auf 2454000, d. h. um etwa 76 Prozent, bei den Mittelbetrieben und einer solchen von 1613000 auf 3044000, d. h. um etwa 89 Prozent, bei den Großbetrieben. Den oben angeführten Zahlen ist ferner zu entnehmen, daß von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen auf die Kleinbetriebe 1895 ca. 46,5 Prozent gegen ca. 59 Prozent im Jahre 1882 entfielen. Das Ueberwiegen des Kleingewerbes, das noch 1882 hinsichtlich des Personals vorhanden war, ist also nunmehr von den Mittel- und Großbetrieben beseitigt worden. Bezeichnend ist dabei, daß die kleinsten Betriebe und deren Personal in einer großen Anzahl von Industriezweigen eine beträchtliche Abnahme aufweisen, während die übrigen Größenklassen einen mit der Zunahme des Durchschnittsumfanges steigenden Zuwachs zu verzeichnen hatten. Diese Erscheinung tritt klar zu Tage, wenn man die prozentuale Zunahme der Zahl der Betriebe und des Personals in den Klein-, Mittel- und Großbetrieben in nachstehender Weise einander gegenüberstellt:

	Zunahme der Betriebe:	Zunahme der Personen:
Kleinbetriebe	— 8,7 Prozent	— 8,7 Prozent
Mittelbetriebe	+ 76,8 „	+ 76,8 „
Großbetriebe	+ 89,0 „	+ 89,0 „

Bedenkt man, daß infolge der oben besprochenen Zerlegung kombinierter Betriebe in Einzelunternehmungen mancher Großbetrieb als eine Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben in die Gewerbestatistik aufgenommen wurde, so wird man ohne weiteres begreifen, daß die angeführten Zahlen, so überraschend ihre Sprache auch sein mag, weit hinter der tatsächlichen Entwicklung zurückblieben.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir hier alle Gewerbegruppen resp. Industriezweige eingehend erörtern. Um dem Leser einen Einblick in diese Verhältnisse zu gewähren, wird es vielmehr genügen, ein Paar der wichtigeren Gewerbegruppen, etwa die Industrie der Maschinen und Instrumente und die Textilindustrie anzuführen. Was die erstere anbelangt, so stieg hier die Zahl der Kleinbetriebe

## Seuilleton.

22] Nachdruck verboten.

### L'Adultera.

Von Theodor Fontane.

„Und dann hatten wir die Kinder,“ fuhr Van der Straaten fort, „die doch schließlich reizende Kinder sind, zugestanden Dein Verdienst, und Du hast es an die zehn Jahre in der Vorstellung und Erfahrung gelebt, daß es nicht zu den schlimmsten Dingen zählt, eine junge, bequem gebettete Frau zu sein und der Kugelpfand ihres Mannes, eine junge, verwöhnte Frau, die thun und lassen kann, was sie will, und als Gegenleistung nichts anderes einzusetzen braucht, als ein freundliches Gesicht, wenn es ihr gerade paßt. Und sieh, Melanie, weiter will ich auch jetzt nichts, oder sag' ich lieber, will ich auch in Zukunft nichts. Denn in diesem Augenblick erscheint Dir auch das Wenige, was ich fordere, noch als zu viel. Aber es wird wieder anders, muß wieder anders werden. Und ich wiederhole Dir, ein Minimum ist mir genug. Ich will keine Leidenschaft. Ich will nicht, daß Du mich ansehen sollst, als ob ich Leone Leoni wär' oder irgend ein anderer großer Romanheld, dem zuliebe die Weiber Giftbecher trinken wie Mandelmilch und lächelnd sterben, bloß um ihn noch einmal lächeln zu sehen. Ich bin nicht Leone Leoni, bin bloß deutsch und von holländischer Abstraktion, wodurch das Deutsche nicht besser wird, und habe die mir abtammlich zukommenden hohen Backenknochen. Ich bewege mich nicht in Illusionen, am wenigsten über meinen äußeren Menschen, und ich verlange keine Liebes-Großthaten von Dir. Auch nicht einmal Entschuldigungen. Entschuldigungen machen sich zuletzt von selbst, und das sind die

besten. Die besten, weil es die freiwilligen und eben deshalb auch die dauerhaftesten und zuverlässigsten sind. Uebereile nichts. Es wird sich alles wieder zurechtfinden.“

Er war aufgestanden und hatte die Lehne des Fauteuils genommen, auf der er sich jetzt hin und her wiegte. „Und nun noch eins, Lanni,“ fuhr er fort, „ich bin nicht der Mann der Rücksichtnahmen und hasse diese langweiligen „Regards“ auf nichts und wieder nichts. Aber dennoch sag' ich Dir, nimm Rücksicht auf Dich selbst. Es ist nicht gut, immer nur an das zu denken, was die Leute sagen, aber es ist noch weniger gut, gar nicht daran zu denken. Ich hab' es an mir selbst erfahren. Und nun überlege. Wenn Du jetzt gehst . . . Du weißt, was ich meine. Du kannst jetzt nicht gehen; nicht jetzt.“

„Eben deshalb geh' ich, Ezel,“ antwortete sie leise. „Es soll klar zwischen uns werden. Ich habe diese schändliche Lüge satt.“

Er hatte jedes Wort begierig eingesogen, wie man in entscheidenden Momenten auch das Hören-will, was einem den Tod giebt. Und nun war es gesprochen. Er ließ den Stuhl wieder nieder und warf sich hinein, und einen Augenblick war es ihm, als schwänden ihm die Sinne. Aber er erhob sich rasch wieder, rieb sich Stirn und Schläfe und sagte: „Gut. Auch das. Ich will es verwinden. Laß uns miteinander reden. Auch darüber reden. Du siehst, ich leide; mehr als all mein Lebtag. Aber ich weiß auch, es ist so Lauf der Welt und ich habe kein Recht, Dir Moral zu predigen. Was liegt nicht alles hinter mir! . . . Es mußte so kommen, mußte nach dem Van der Straaten'schen Hausgesetz (warum sollen wir nicht auch ein Hausgesetz haben), und ich glaube fast, ich wußt' es von Jugend an.“ Und nach einer Weile fuhr er fort: „Es giebt ein Sprichwort: „Gottes Mühlen mahlen langsam“, und sieh, als ich

noch ein kleiner Junge war, hör' ich's oft von unserer alten Kindermutter und mir wurd' immer so bange dabei. Es war wohl eine Vorahnung. Nun bin ich zwischen den zwei Steinen, und mir ist, als würd' ich zermahlen und zermalmt . . .“

„Zermahlen?“ Er schlug mit der rechten in die linke Hand und wiederholte noch einmal und in plötzlich veränderten Tone: „Zermahlen! Es hat eigentlich etwas Komisches. Und wahrhaftig, hol' die Pest alle seligen Seelen. Ich will mich nicht länger damit quälen. Und ich ärgere mich über mich selbst und meine Haberei und Thurei. Wah, die Nachmittagsprediger der Weltgeschichte machen zuviel davon, und wir sind dumm genug und plappern es ihnen nach. Und immer mit Vergessen aller-eigenster Herrlichkeit, und immer mit Vergessen wie's war und ist und sein wird. Oder war es besser in den Tagen meines Vaten Ezechiel? Oder als Adam grub und Eva spann? Ist nicht das ganze alte Testament ein Sensationsroman? Dreifache Geheimnisse von Paris! Und ich sage Dir, Lanni, gemessen an dem, sind wir die reinen Lämmchen, weiß wie Schnee, Waisenkinder. Und so höre mich denn. Es soll niemand davon wissen, und ich will es halten, als ob es mein eigen wäre. Deine ist es ja, und das ist die Hauptsache. Denn so Du's nicht übel nimmst, ich liebe Dich und will Dich behalten. Bleib. Es soll nichts sein. Soll nicht. Aber bleibe.“

Melanie war, als er zu sprechen begann, tief erschüttert gewesen, aber er selbst hatte, je weiter er kam, dieses Gefühl wieder weggesprochen. Es war eben immer dasselbe Lied. Alles, was er sagte, kam aus einem Herzen voll Gütigkeit und Nachsicht, aber die Form, in die sich diese Nachsicht kleidete, verlegte wieder.

(Fortsetzung folgt.)

von ca. 44 900 auf ca. 45 100, die der Betriebe mit weniger als 6 Gehilfen von ca. 32 700 auf ca. 34 300. Dieser äußerst unbedeutenden Zunahme der Kleinbetriebe steht hier ein überaus rascher Zuwachs an Großbetrieben gegenüber, der sich bei den Betrieben mit 6 bis 10 Personen auf ca. 49 Prozent, bei den mit 11 bis 50 Personen auf ca. 67 Prozent, bei den Betrieben mit 201 bis 1000 Personen auf ca. 81 Prozent und endlich bei solchen mit mehr als 1000 Personen auf ca. 83 Prozent belief. Von der Gesamtzahl der in dieser Gruppe Erwerbstätigen waren ferner in den Kleinbetrieben (mit weniger als 6 Personen) ca. 22 Prozent, in den Mittelbetrieben (mit 6 bis 50 Personen) ca. 19 Prozent, in den Großbetrieben dagegen ca. 59 Prozent beschäftigt. Mit anderen Worten, die 1627 Großbetriebe zählten etwa drei Fünftel, die mehr als 86 000 Klein- und Mittelbetriebe ca. zwei Fünftel aller in dieser Gruppe Erwerbstätigen.

Noch mehr trat die moderne Entwicklung kennzeichnende Centralisation des Kapitals in der Textilindustrie hervor. Die Zahl der Kleinbetriebe sank hier von ca. 263 600 auf ca. 148 500, d. h. um etwa 44 Prozent, die der Betriebe mit weniger als 6 Personen von ca. 70 400 auf ca. 44 800, d. h. um etwa 36 Prozent. Demgegenüber hatten die Betriebe mit 11 bis 50 Personen einen Zuwachs von ca. 16 Prozent, die mit 51 bis 200 Personen einen Zuwachs von ca. 45 Prozent, die Betriebe mit mehr als 200 Personen einen Zuwachs von etwa 79 Prozent zu verzeichnen. Das rasche Vordringen des Großbetriebes tritt noch deutlicher hervor, wenn man den Anteil einzelner Erbklassen an dem Gesamtpersonal der Gewerbe-Gruppe in Betracht zieht. Dieser betrug für Klein- und Mittelbetriebe 1882 ca. 61,7 Prozent gegen etwa 40,8 im Jahre 1895. Im kurzen 13jährigen Zeitraum ist demnach der Personalanteil der Großbetriebe von etwa zwei Fünftel auf etwa drei Fünftel gestiegen.

Die gleiche Erscheinung, eine mehr oder weniger rasche Konzentration resp. Centralisation des Kapitals, tritt in der Industrie der Steine und Erden, im Bergbau, in der Papierindustrie und dergleichen mehr zu Tage. Wir werden auf diesen Gegenstand bei einer anderen Gelegenheit noch zu sprechen kommen. Hier dagegen sei noch kurz einer in sozialpolitischer Hinsicht äußerst interessanten Erscheinung Erwähnung gethan, die im wesentlichen als Folge der Mangelhaftigkeit der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung bezeichnet werden muß. Wir meinen die rasche Ausbreitung der Hausindustrie auf zahlreiche Gewerbezweige, in denen sie bisher zum Teil nur sehr schwach vertreten war. So wurden z. B. in der Nahrungsmittelindustrie im Jahre 1895 ca. 15 800 hausindustriell beschäftigte Personen gezählt gegen ca. 8300 im Jahre 1882, in der Industrie der Maschinen und Instrumente ca. 9100 gegen ca. 4500, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ca. 37 400 gegen ca. 19 100. Eine besonders rasche Zunahme zeigt aber die Industrie der Bekleidung und Reinigung, in welcher 1895 ca. 160 000 hausindustriell beschäftigte Personen gegen ca. 132 000 im Jahre 1882 ermittelt wurden. Im ganzen nahm die Zahl der in der Hausindustrie beschäftigten Personen, nach Ausschluß der Textilindustrie, von ca. 191 000 auf ca. 263 000 zu, d. h. um ca. 38 Prozent.

Man kann daraus wiederum einmal erkennen, wie begründet die von unserer Partei vertretene Ansicht war, derzufolge eine wirkliche Besserung der Lage der deutschen Arbeiterklasse nur dann zu erwarten ist, wenn man dem Unternehmertum durch Einbeziehung der Hausindustrie in den Bereich des Arbeiterschutzes eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen erschwert.

### Politische Uebersicht.

#### Buchhausordnung.

M. Gardin schreibt in der Zukunft: Die liberale Regierung des britischen Inselreiches fühlte sich als den erwählten Sicherheitsauschuss der besitzenden Klassen und in England begann die Epoche der großen Gewerkschaftskämpfe, deren Geschichte Sidney und Beatrice Webb uns geschrieben haben. In ihrem guten Buch über den Trade-Unionismus mag man lesen, wie, unter dem Eindruck des Sheffielder Messerschmiedestreiks und der damit verbundenen Gewaltthätigkeiten, der Versuch gemacht wurde, die Organisationen des nach besseren Lebensbedingungen strebenden Industrieproletariats zu zerstören. Das Parlament und die Gerichte stellten sich in den Dienst der Unternehmer, das im Jahre 1859 gewährte Recht, durch friedliche Rede die Arbeitsgenossen zum Anschluß an eine Koalition zu bewegen, wurde den workmen wieder entzogen und 1871 ein neues Strafgesetz geschaffen, das auf jede Streikdrohung, jede „Belästigung“ oder „Einschüchterung“ der Fabrikanten oder Arbeiter sehr harte Strafen setzte. Die Unternehmer konnten die bewährten und beliebten Mittel, Schwarze Listen, Lockout und Boykott, ungestraft weiter verwenden, die Arbeiter wurden schon als Verschwörer verurteilt, wenn sie nur die Werkstätten der Meister mit Auslandsposten umstellten und den Zugang der Streikbrecher zu hindern suchten und es half ihnen nichts, daß sie erklärten, jede physische Belästigung und Einschüchterung zu verdammen. Das Gesetz wurde auch nicht etwa mit schonender Milde angewandt; in den Richtern regte sich das Interesse der in ihrem Profitrecht bedrohten Klasse und trieb sie zur rächenden That.

In Südwales wurden sieben Frauen, die einem Streikbrecher „Wah!“ zugerufen hatten, ins Gefängnis geschickt, für jedes Schimpfwort, das dem Proletarier nach seinen unversehrten Lebensgewohnheiten gar nicht so fürchterlich klingt, sahen die Gerichtshöfe in dem höchsten Strafmaß die entsprechende Sühne und die Londoner Gasarbeiter, die sich zu einem Ausstand verabredet hatten, wurden auf ein volles Jahr der Freiheit beraubt. Die Wirkung dieses Wütens war so gering, daß die Konservativen, als sie wieder ins Ministerium einzogen, ohne ernstlichen Widerstand im Lande zu finden, das Gesetz beseitigen konnten; es hatte vier Jahre gegolten und während dieser Zeit die Gemüter nur verbittert und die Kluft zwischen den Klassen vertieft. Künftig sollte es im Britenreich nicht mehr Herren und Diener, sondern employers und workmen geben, denen der Arbeitsvertrag gleiche Rechte verlieh; die Kontraktbrecher brauchten

nicht mehr ins Gefängnis zu wandern, die Gewerkschaften wurden mit ihren Methoden ohne Einschränkung anerkannt und Ausschreitungen nur noch nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts bestraft. Seitdem hat die Wut des Klassenkampfes sich in England gefählig, wird sogar Lohnstreikigkeiten, deren Schlachtfeld ganze Provinzen waren, in einer leidenschaftslosen, nächsten Ruhe ausgefochten worden, die vor ein paar Jahren den deutschen Kaiser zu stauender Bewunderung stimmte. Die Ursache ist leicht zu erkennen. Der britische Arbeiter fühlt sich nicht als Paria, sein Lebensrecht wird von keinem Verständigen bestritten, sein Streben durch kein nur auf dem Proletariat lastendes Ausnahmegesetz gehindert und der Staat tritt ihm nicht als eine zu Schutz und Trutz entschlossene Organisation der Besitzenden entgegen. . . . Sollen auch diese Erfahrungen, wie die wichtigen Lehren der Chartistenbewegung, für das deutsche Wirtschaftsleben unumlich bleiben und müssen kostbare Kräfte verzettelt werden, um ein Ziel zu erreichen, das, wie die Geschichte uns zeigt, auf diesem Wege nun einmal nicht erreicht werden kann? Wenn man das unfruchtbare Mühen unserer irrlichstestierenden Sozialpolitik betrachtet und sieht, wie die Staatsgewalt gegen Gespenster kämpft, statt für das Bedürfnis des hellen Tages zu sorgen, muß man der Säge gedenken, die Bücher in den fünfziger Jahren aus London an eine deutsche Zeitung schrieb: „Einer von den unzähligen Zeugen, die von den unzähligen Komitees für das Nothelfwesen vernommen wurden, gab eine malerische Beschreibung von einem toten Hunde, der eines Tages seinen Fenstern gegenüber auf der silbernen stutenden Themse erschien, mit der Ebbe hinabtrieb, mit der Flut wieder hinaufkam und tagelang in pünktlicher Uebereinstimmung mit dem Flutkalender seine Aufwartung machte, bis endlich das geringe Uebergewicht, das die Strömung des Flusses der Ebbe über die Flut verleiht, ihn langsam dem Meere zuführte. Gewisse Vorgänge im öffentlichen Leben erinnern lebhaft an diese Erscheinung. Man schweigt, man will nicht sehen; aber wieder und wieder und in immer düstenderem Zustande bringt die Ebbe und Flut des Parteiwesens diesen und jenen toten Hund und vor die Augen, der in dem Strom des Parlamentarismus das Unglück gehabt hat, an die Oberfläche emporzuschießen.“ Das ist 1898 leider noch ebenso wahr wie 1854.

Den toten Hund, um dessen Kadaver jetzt wieder mit so zwecklosem Eifer gehandelt wird, sollte man endlich verweisen lassen. Es ist unmöglich, das Recht der freien Koalition zu beseitigen, und es wäre politisch unklug, dieses Recht auch nur noch enger einzuschränken. Die Unternehmer vereinigen sich zu Ringen und Syndikaten, bestimmen die Preise ihrer Produkte, sperren Widerpenslige oder unbequeme Arbeiter aus, hindern sie durch Verursachungen, in anderen Fabriken Arbeit zu finden, und boykottieren die Berufsgenossen, die sich den Beschläffen des Ringes nicht willig fügen. Die Arbeiter suchen durch Lohnkämpfe ihre Lage zu bessern, bemühen sich, da sie, als der wirtschaftlich schwächere Teil, nur durch die Masse wirken können, alle Fachgenossen in die Kampfereiche zu ziehen, und geraten in Wut, wenn das Gefühl der Solidarität, das ihnen Pflicht scheint, die Kameraden nicht bindet. Dabei kommen miltunter Ausschreitungen vor; aber auch Hüge heroischen Opfertums sind oft sichtbar und selbst der härteste Kapitalist kann nicht behaupten, daß im Lager der Unternehmer stets der strengste Anspruch reiner Sittlichkeit erfüllt wird. Auf beiden Seiten wird, nach Menschenart, gekämpft — und die Befehlshaber des ungebildeten Arbeiters ist immerhin noch eher zu entschuldigen als der manchmal Tausende treffende Uebergriß des Wohlhabenden, der mit dem Besitz auch Bildung und verfeinerte Lebensformen erwerben durfte. Die deutschen Unternehmerverbände sind stark genug, um die Kämpfe allein durchzuführen zu können, und dürfen vom Staat nicht verlangen, daß er seine Machtmittel in den Dienst ihres Interesses stellt. Der Staat hat nur dafür zu sorgen, daß die Ordnung gewahrt und das geltende Gesetz geachtet und angewandt wird. Dieser Pflicht hat sich auch bisher keine deutsche Regierung entzogen: die Zahl der wegen Streikvergehen hart bestraften Arbeiter ist bedauerlich groß, die Klage ist nirgends ernstlich gestört worden und die deutsche Industrie hat, seit das Recht freier Koalition bewilligt ward, eine Höhe erreicht, die Bewunderung und Neid anderer Völker weckt. Der Staat hat sogar gefaltet, daß fremde Arbeiter, weil sie billiger und leichter zu behandeln sind, in Scharen nach Deutschland importiert wurden und im niederdeutschen Westen unseres Vaterlandes große slavische Kolonien entstanden. Ob solche Willkürigkeit, ob ein ministerieller Erlass, der den Eisenbahndirektionen die Bevorzugung fremder Arbeiter ausdrücklich empfiehlt, mit den sonst so stark betonten Pflichten nationaler Politik noch zu vereinigen ist, mag zweifelhaft sein. Ganz sicher aber kann kein Staat sich ungestraft zum Geschäftsführer der herrschenden Klasse erniedern; der Wahn, nur das Interesse eines Standes fördern zu müssen, hat den Feudalstaat in den Abgrund gerissen und die Spuren sollten kluge Vertreter bürgerlicher Wünsche schecken. Wird gar, wie es jetzt geschehen ist, der freie Versuch gemacht, den Monarchen in die Rolle eines Parteiführers zu drängen, dann werden unabsehbare Gefahren heraufbeschworen, die eines Tages nicht nur den monarchischen Einrichtungen, sondern auch den im Besitzrecht Wohnenden verhängnisvoll werden können.

### Deutsches Reich.

#### Von dem gräßlichen Totschläger.

Aus Straßburg i. Elz. schreibt uns unser G.-Korrespondent vom 21. September: Ueber die brutale Gewaltthat, die der Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode an einem Sergeanten begangen hat, dringen jetzt allmählich nähere Angaben in die Oeffentlichkeit.

Danach verfuhr der getöbete Sergeant Scheinhardt während der diesjährigen Manöver bei der 4. Schwadron des 15. Ulanenregiments, deren Chef Graf Stolberg ist, die Funktionen des Quartiermeisters und hatte in dem Bivak, das die Truppe am Nachmittag des 14. September in der Gegend von Hagenau bezog, die Oberaufsicht über den Selbstkochen des Regiments, dem die Zubereitung der Speisen obliegt. Während Scheinhardt in der Nacht vor dem Vorfall zum Fourageempfang abwesend war, hatten die beim Kochen beschäftigten Soldaten vergessen, den zum Luftdichten Verschluss des Kochapparates dienenden Gummireifen zu schließen, so daß das Essen sauer wurde. Bei der Ausgabe der Portionen an die Mannschaften am Abend des 14. September war Scheinhardt wiederum vom Bivak abwesend, da er Befehl hatte, zur Beschaffung von Lebensmitteln nach dem nahen Dorfe Gatten zu gehen. Bei seiner Rückkehr war das Essen bereits unter die Leute verteilt. Rittmeister Graf zu Stolberg stellte den Sergeanten wegen des verdorbenen Essens alsbald zur Rede. Dieser entschuldigte sich mit dem Hinweis darauf, daß er während dessen Zubereitung auf Befehl abwesend

gewesen sei, eine Schuld ihn also nicht treffen könne. Der Rittmeister gab sich damit vorerst zufrieden, erneuerte aber später seine Vorwürfe, wobei er dem Sergeanten u. a. zuzief, er sei der grösste Schuft, der gemeinste Hund im Regiment. Scheinhardt wußte sich trotzdem völlig zu beherrschen und erwiderte nur, er glaube derartige Bezeichnungen nicht zu verdienen. Darauf erhielt er von dem Grafen eine wichtige Ohrfeige, so daß er gegen einen Wagen taumelte. Als nun Sergeant Scheinhardt zu einigen seiner Kameraden, die Zeugen des Vorfalles gewesen, sagte: „Ihr habt gesehen, daß ich geschlagen worden bin,“ zog Graf Stolberg seinen Säbel, schlug Scheinhardt damit zuerst gegen das Bein und stach ihn dann in die linke Kopfsseite. Scheinhardt zog sein Taschentuch hervor, um das Blut abzuwischen, raffte sich nochmals zu strammer Haltung zusammen, fiel aber dann bewußtlos nieder. Noch an demselben Abend verbrachte man ihn in das Lazarett nach Hagenau, wo er am 15. September abends 7/9 Uhr verstarb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Am Montag nachmittag wurde er in Hagenau beerdigt. Eine große Zahl von Civilpersonen, die dem Verstorbenen im Leben nahe gestanden, Abordnungen der Offiziers- und Unteroffizierscorps von Hagenau und Saarbürg, dem Standort des 15. Ulanenregiments, gaben ihm das letzte Geleit. Hinter dem Sarge schritt der tiefgebeugte Vater des Getöbten, die Brust geschmückt mit Ehrenzeichen, die er sich in drei Kriegen erworben; neben ihm gingen die beiden Brüder des Verstorbenen, von denen der eine als Feldwebel im Infanterie-Regiment 137 in Hagenau, der andere als Husar in Braunschweig dient. Der stellvertretende Divisionspfarrer der 31. Division, Hirtz, hielt am Grabe eine ergreifende Rede, in der er u. a. sagte, Scheinhardt sei nicht von Feindeshand gefallen, sondern . . .

Der erstochene Sergeant Scheinhardt ist in Schönwerda in Thüringen als Sohn eines Handwerkers geboren. Der Vater ist ein alter Invalide, den der Sohn zu unterstützen hatte. In die schwer geprüfte Familie des Verstorbenen, der stets der beste Sohn und Bruder war, schlug die erschütternde Kunde wie ein Blitz ein. Der bereits seit Jahren kränkliche Vater Scheinhardt verlor in seinem Sohn die beste Stütze.

Graf zu Stolberg-Wernigerode steht seit etwa 7/8 Jahren beim Ulanenregiment Nr. 15 in Saarbürg (früher in Straßburg) und ist nahezu 50 Jahre alt. Früher hatte er bei den 12. Husaren gedient, war aber, weil er seinen Vorgesetzten erkrankt hatte, zurückgesetzt und längere Jahre nicht mehr als Offizier zugelassen worden. Er soll auch im gewöhnlichen Dienst sich durch übermäßige Schneidigkeit hervorgethan haben.

\* Berlin, 22. September. Wegen Verleumdung ist am Mittwoch der Redakteur des christlich-sozialen (Stöcker-) Blattes: Das Volk, Dietrich v. Dergben, von der Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Amtsgericht in Reumünster hatte bekanntlich im November Febr. v. Stumm in der Verleumdungsklage des Hofpredigers a. D. Stöcker freigesprochen — ein späteres Urteil lautete auf 300 Mark — und ihm den Schutz des § 193 zugewilligt. An die Kritik des freisprechenden Urteils hatte das Volk am 14. November folgende Behauptung geknüpft: einer der Schöffen sei einige Tage vor dem Termine zum Vertreter des Klägers, R.-L. Wirth, gekommen und habe ihn inländig gebeten, ihn als Schöffen abzulehnen, da er ein ruiniertes Mann sei, wenn er gegen v. Stumm sitzen und vielleicht auch an einer Verurteilung teilnehmen müsse. Der Wunsch des in Aussicht genommenen Schöffen sei nicht berücksichtigt worden, er habe vielmehr mitgewirkt, um das salomonische Urteil auszubreiten, wonach ein Verleumdiger frei ausgehe, wenn es nur ein politischer Gegner sei, den er beschimpft habe. Wegen dieser Bemerkung stellten der Amtsrichter Trobitter sowie die beiden Schöffen Brück und Riedel, die in dem Prozesse gegen von Stumm den Gerichtshof gebildet hatten, Strafantrag wegen Verleumdung. Im Termine vom 4. März d. J. erzielte v. Dergben ein freisprechendes Urteil, da auch ihm zugewilligt wurde, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision hat das Reichsgericht das Erkenntnis aufgehoben mit der Begründung, daß das gewisse Abhängigkeitsverhältnis, worin der Angeklagte zu dem Parteiführer Stöcker steht, nichts anderes sei als die Abhängigkeit eines jeden Redakteurs einer politischen Zeitung von der Parteiführung. Im neuen Termine am Mittwoch führte der Angeklagte wiederum zu seiner Entschuldigung an, daß er den beanstandeten Artikel im Auftrage des Hofpredigers a. D. Stöcker habe schreiben müssen. Einer seiner Vorgesänger, der Redakteur v. Verlach, habe seine Stellung verloren, weil er versucht habe, von der Bahn abzuweichen, die Stöcker in betreff der Führung des Blattes vorgezeichnete hatte. Stöcker habe ihm erklärt, daß er einen Brief von seinem Anwalt, Rechtsanwalt Wirth in St. Johann, erhalten habe, worin dieser ihm die Geschichte von dem Schöffen mitgeteilt habe. Da am nächsten Tage darauf eine von der Saargegend gekommene Persönlichkeit, an deren Glaubwürdigkeit kein Zweifel aufkommen konnte, in der Redaktion des Volk erschienen sei und dieselbe Geschichte erzählt, habe der Angeklagte an der Wahrheit der Mitteilung keine Spur von Zweifel haben können. Dennoch habe er nach einigen Tagen erfahren, daß eine Täuschung oder ein Irrtum vorlag, denn der in Aussicht genommene Schöffe habe thatsächlich nicht mitgewirkt, indem er vom Amtsrichter auf Grund der angegebenen Befangenheit abgelehnt worden sei. Der Angeklagte habe dies dann auch im Volk berichtet. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf 50 Mark. —

Eine „große Expedition“ in das Hinterland von Kamerun werden mit Zustimmung der deutschen Regierung Forstassessor Plehn und Lieutenant v. Carnap ausführen. Die Expedition soll die deutsche Interessensphäre gegen französische Bestrebungen im Hinterland von Kamerun sichern. Sie wird von einer starken bewaffneten Truppe, zu der die kameruner Schutztruppe den Grundstock abgeben wird, begleitet sein, und wird von Kamerun nach Woma und von dort auf dem Kongo bis zu der Stelle, wo der Sanga in ihn mündet, hinauffahren. Dann setzt sie die Fahrt auf dem Sanga fort, soweit er schiffbar ist. Von dort aus wird der Landweg eingeschlagen durch bisher noch unbekanntes Gebiet. Aufgabe der Expedition ist die Erforschung dieses Gebietes und die Errichtung einer Station in der Nähe des Sanga und Doka. —

Die amtliche Untersuchung gegen Eugen Wolff wegen der Vorgänge in Ostasien wird nach der Post auf das strengste durchgeführt. Das Blatt meint, die Blätter, gegen die Herr Wolff eine Privatverleumdungsklage angestrengt habe, könnten dem Gerichtsverfahren mit größter Seelenruhe entgegensehen. — Ein Berliner Wochenblatt meldet, der Kaiser habe in Bezug

auf seinen Trauerbesuch in Friedrichsruh und das Verhalten der Familie Bismarck ihm gegenüber zu seiner nächsten Umgebung geäußert: „Unerhört, wie einen Schuster habe ich mich behandeln lassen müssen.“

Ein bürokratisches Ganzstück. Die Berliner Volkszeitung schreibt: „Am 10. Oktober tritt im Reichsjustizamt eine Kommission zur Beratung der Abänderungen zusammen, die an dem Gesetz, betreffend das Urheberrecht, vom 11. Juni 1870, vorgenommen werden sollen. Als Sachverständige sind nach dem Reichsanzeiger zu dieser Beratung eingeladen überwiegend Buchhändler und Juristen. Die Schriftstellerwelt ist mir in wenigen Exemplaren vertreten. Von der Tagespresse gehört kein einziger Redakteur zu dem Ausschusse, obwohl die Presse das größte Interesse daran hat, eine Neuordnung des Verlagsrechts im Sinne eines größeren Schutzes des geistigen Eigentums herbeigeführt zu sehen. Die Folge davon wird die sein, daß der Gesetzentwurf, wenn er fertig gestellt ist, von neuem bearbeitet werden muß, wenn er den berechtigten Ansprüchen der Tagespresse und der dabei thätigen Schriftsteller genügen soll. Daß hierbei weit umfänglichere Interessen auf dem Spiele stehen, als beim Buchverlag, ergibt sich aus der ungeheuren Ausdehnung, die die Presse in Deutschland genommen, und aus der nach Tausenden zu beziffernden Zahl von Schriftstellern, die im Dienste der Tagespresse stehen.“

Zu kommenden preussischen Etat ist eine neue Stelle eines pharmaceutischen Decernenten im Kultusministerium eingestellt; dafür ist Apotheker Fröhlich, Vorsitzender des Deutschen Apothekervereins, in Aussicht genommen. Auf dem Kölner Apothekertag wurde gefordert, daß die Stelle nur mit einem Apotheker zu besetzen sei, der eine Apotheke besessen habe. Diese Forderung ist mit der Ernennung erfüllt.

Die Post schreibt: „Das griechische Blatt Empros will aus Wien erfahren haben, Deutschland und Oesterreich hätten der Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von Kreta zugestimmt. Soweit diese Nachricht Deutschland angeht, beruht sie entschieden auf Erdfindung, und was die angekündigte Aenderung in der bisher von Oesterreich beobachteten Haltung betrifft, so halten wir auch diese nach unseren Erkundigungen für ausgeschlossen. Zunächst haben auch gewiß die auf Kreta interessierten Mächte anderes zu thun, als wieder mit der Erwägung der Gouverneurfrage kostbare Zeit zu verlieren. Vor allen Dingen gilt es zunächst, die Ruhe und Ordnung auf der Insel wieder herzustellen.“

Ein Mitarbeiter der Kreuzzeitung salubert über den „Ewigen Frieden“, er fordert als das Heilmittel für alle Schmerzen die Wiedererweckung der famosen „heiligen Allianz“, dieses berufenen und unfeilvollen Organes aller reaktionären Metternichtigkeiten. Es war der absolutistische Fürstenbund, den nach Napoleons I. Sturz die Selbstherrscher von Rußland, Oesterreich und Preußen am 26. September 1815 in Paris gestiftet haben, zum Nutzen des Despotismus als Kampfmittel gegen jeden politischen und sozialen Fortschritt. Was sagt der „Allianz“-Freund über den Krieg?

Wir sehen in dem Kriege eines der stärksten Zeugnisse von dem tiefen Verderben der menschlichen Natur, eine der größten Katastrophen und Plagen der Erde. Dennoch ist er ein notwendiges Uebel. Denn „die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst“, und sowie sie gegen die inneren Feinde der Gesellschaft das Schwert gebrauchen soll, ebenso auch gegen die äußeren Feinde. Ein gerechter, genügend begründeter Krieg ist nur derjenige, der für die höchsten und wichtigsten Güter der Nation geführt wird, für Altar und Herd, für dasjenige, was zum Bestehen der Nation sowohl im geistlichen als leiblichen Sinne notwendig ist; der gerechte Krieg muß jedesmal ein Nothwehr- oder Schutzkrieg sein und um des Friedens willen geführt werden. Und wie die Vorsehung so manches Uebel in Segen verkehrt, so hat auch der Krieg sein Gutes. Er weckt die schlummernde Vaterlandsliebe und eifert zu Opfern und zur Selbsterleugnung an, er erinnert an die Vergänglichkeit und Unsicherheit der menschlichen Dinge und lehrt viele beten und in Demuth sich beugen unter den Herrn der Herrschaften. Es ist und bleibt eine Illusion, anzunehmen, daß jemals der Krieg abgestellt werden könne; denn alsdann müßte man auch Sünde und Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen verstehen.

Von Büschchen. Wegen Veröffentlichung seiner Bismarck-Erinnerungen in England ist Moritz Busch von dem Stuttgarter Verlagsbuchhändler Kröner wegen Kontraktbruchs verklagt worden. Busch hatte sich 1891 Kröner gegenüber zur Lieferung einer drei- oder vierbändigen Bismarck-Biographie kontraktlich verpflichtet.

Die Hamburger Nachrichten sagen, die Busch'schen Publikationen könnten, abgesehen von beglaubigten Aktenstücken, als Geschichtsquelle nicht gelten. Da ein Stenographieren am Theatralisch ausgeschlossenen war, so seien die Notizen nur nach dem Gedächtnis hergestellt, und da Busch immer schwerhörig gewesen wäre, so seien Mißverständnisse wahrscheinlich. Schon der saloppe Stil beweise, daß von wortgetreuer Wiedergabe keine Rede sei. Das Werk enthalte erhebliche Irrthümer und müsse als fälschlich bezeichnet werden. Wenn Busch beim gelegentlichen Ordnen von Papieren Bismarcks Abschriften anfertigte, so geschah dieses ohne Wissen des Fürsten und sei als Indiskretion anzusehen.

Ein klassisches Erkenntnis zum Margarinegesetz hat das Lübecker Landgericht gefällt bezüglich der Bestimmungen des Margarinegesetzes, wonach zum gleichzeitigen Handeln mit Margarine und Butter zwei völlig getrennte Geschäftskategorien erforderlich sind, und jede der Waren in dem für sie bestimmten Name verarbeitet, feilgehalten und verkauft werden muß. In einem Falle, in dem es sich um einen Verstoß gegen diese Bestimmung handelte, verurteilte das Landgericht den Angeklagten zu 15 Mk. Geldstrafe und führte in der Begründung dieses Urteils aus: „Das Margarinegesetz ist ein agrarisches Gesetz, das dem Schutze der Landwirtschaft dienen soll. Es bezweckt im Grunde genommen, den Verkauf der Margarine zu erschweren. Nach dieser Richtung ist das Gesetz auszuulegen.“

Der Rundreise-Gerichtsstand. Der Redakteur des Regensburger Anzeigers sollte in Altenburg gepackt werden. Um nun zu beweisen, daß das genannte Blatt dort „verbreitet“ ist, abonnierte der Kläger bei der Post und wies das Exemplar dem Gericht, so daß die Zuständigkeit des Altenburger Gerichtes gegeben war. Dem Kläger wurde nachgewiesen, daß das Blatt erst sechs Tage nach Erscheinen des fraglichen Artikels bestellt wurde, und somit die Zuständigkeit des Gerichts zu bezweifeln sei. Trotzdem aber wurde verhandelt, der Redakteur aber freigesprochen. Auf solche Art kann man freilich für die Zuständigkeit des Gerichts überall den Nachweis erbringen.

Stuttgart, 21. September. Ein Soldat des 1. württembergischen Jürlentiereiments Nr. 119 hat sich gestern hier in

der Kaserne mittels seines Dienstgewehrs erschossen. Ueber die Ursache zu der That erfährt man, wie gewöhnlich bei Soldatenselftorden, vorläufig nichts.

Die parlamentarischen Verhandlungen der „schwäbischen Stände“ haben mit dem gestrigen Zusammentritt der Steuerkommission der Ersten Kammer wieder ihren Lauf genommen. Auch die übrigen Kommissionen der Ständeherrn traten dieser Tage zusammen. Die erlauchten Herren müssen sich jetzt ein wenig beeilen, denn die Rückständigkeit ihrer Arbeiten verschuldet, daß die Reformvorlagen in dieser Herbsttagung nochmals auf der Tagesordnung stehen. Die Zweite Kammer kann nichts thun, so lange die Ständeherrn nicht ein Stück vorgearbeitet haben.

Kiel, 21. September. Jetzt wird man praktisch. Bürgerliche Blätter berichten aus Hadersleben im Nord-schleswigschen, daß der Arbeiter Lundberg, der als dänischer Staatsangehöriger auf Grund Ausweisungsbefehles das preussische Staatsgebiet verlassen sollte, im Lande bleiben kann, wenn er sich den „sozialdemokratischen Umtrieben“ fernhält.

Die Regierung fängt auch an der dänischen Grenze an, dänische Grundbesitzer auszukaufeu. In der Gemeinde Rødding ist der Hof Røddinggård für 90500 Mk. jetzt von der Regierung angekauft. Der frühere Besitzer war ein Däne.

Kleine politische Nachrichten. Das Reichsgericht verhandelte am Mittwoch in letzter Instanz über die bekannte Klage der Stadtgemeinde Breslau gegen den Reichspostkommissar wegen Ueberschreitens von öffentlichen Straßen durch Telegraphen- und Fernsprechleitungen, nachdem der von den Ministern des Innern und der öffentlichen Arbeiten erhobene Kompetenzkonflikt für unbegründet erklärt worden war. Das Breslauer Oberlandesgericht hatte dahin erkannt, daß ohne Genehmigung der Stadtgemeinde die Telegraphenverwaltung nicht das Recht habe, über öffentliche Straßen Drähte zu ziehen. Der V. Civilsenat des Reichsgerichts wies nun die Revision des Reichspostkommissars kostenpflichtig zurück. — Wegen Gotteslästerung wurde der Milchfuhrmann Wellmann aus Offenbach von der Strafkammer in Hanau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Dr. Lieber begehrt nach der Germania am 21. September mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit. — Der vor kurzem zum Bischof von Rottenburg gewählte Doktor Xaver Eiseemann, dessen Wahl vor wenig Tagen vom Papste bestätigt wurde, ist am 21. September im Kurort Lauterbach bei Schramberg gestorben. — Der deutsch-nationale Schänderer wird die Ministeranklage gegen den Grafen Thun wegen mißbräuchlicher Anwendung des Notparagrafen 14 einbringen. — Wie die allerweltsoffiziöse Wiener Politische Korrespondenz aus Rom meldet, ist die angekündigte Initiative der italienischen Regierung, betreffend die internationale Bekämpfung des Anarchismus, bereits erfolgt. Zwischen den Mächten „sind darüber ein eifriger Gedankenaustausch statt, bei dem zu Tage tritt, daß man überall von der Notwendigkeit einer engeren gegenseitigen Unterstützung der Staaten, als diese bisher vorhanden war, durchdrungen ist. Einige Kabinette haben gleich bei Entgegennahme des italienischen Vorschlages grundsätzlich ihre Zustimmung kundgegeben. In italienischen Regierungskreisen hofft man zuversichtlich, daß eine allgemeine Einigung in naher Zeit zu Stande kommen werde.“

Als ob die Polizei nicht schon längst sich aus eifrigste in diesen Dingen unterthätig! — Der Bundesanwalt hat dem schweizerischen Bundesrat die vollständige Liste aller ausländischen, sich im Gebiet der Schweiz aufhaltenden Anarchisten übermitteln. In der Liste ist die Rolle, die jeder einzelne Anarchist in der Partei spielt, genau angegeben. Der Bundesrat wird den größten Teil der Anarchisten ausweisen. — Die internationale Verständigung zur Bekämpfung der Anarchisten“ wird an der Weigerung Englands und der Vereinigten Staaten scheitern. — „Väterchen“ als Friedensengel! In letzter Zeit sind in Warschau und Lodz viele Verhaftungen von Fabrikarbeitern wegen sozialistischer „Umtriebe“ vorgenommen worden. Zahlreiche polnische in London gedruckte Flugblätter wurden beschlagnahmt. Die Warschauer Etalade beherbergt über 200 solcher Arbeiter, die wahrcheinlich nach Sibirien verfrachtet werden. Ueber der Kapitalismus in Polen schreitet vor und mit ihm das Klassenbewußte Proletariat. — Für ihre Verdienste während des griechisch-türkischen Krieges erhielten Marschall Ehem Pascha, alle Divisionskommandanten, der Chef der Artillerie und der zweite Chef des Generalstabes vom Sultan Geldgeschenke zwischen 5000 bis 1000 türkische Pund. — Ueber einen Vergiftungsversuch gegen Aguinaldo, den Führer der philippinischen Aufständischen, wird folgendes berichtet: Einigen spanischen Gefangenen gelang es, einer für Aguinaldo bestimmten Suppe Gift beizumischen. Als der Koch sie kostete, brach er tot zusammen. Ein Spanier, der der Veranschönerung verdächtigt, Aguinaldo verführte nur mit Mühe ein Massaker aller Gefangenen durch die Insurgenten.

Oesterreich-Ungarn.

Des Kaisers Manifest. — Von der deutschen Opposition.

Neben dem Ausdruck des Schmerzes über den Tod der Kaiserin und des Dankes für die allseitige Theilnahme entfällt das am 18. d. M. veröffentlichte Manifest des Kaisers „An meine Völker!“ in seinen Schlusswendungen auch zwei politische Andeutungen. „Aus der unwandelbaren Liebe meiner Völker“ schreibt der Kaiser — schöpfe ich nicht nur das Gefühl der Pflicht, auszuharren in der mir gewordenen Sendung, sondern auch die Hoffnung des Gelingens.“ Und das Manifest schließt mit den Worten: „Ich bete, daß er (Gott) meine Völker segne und erleuchte, den Weg der Eintracht zu finden, auf dem sie gedeihen und glücklich werden mögen.“ Der erste der beiden citirten Sätze widerlegt ein seit Jahresfrist unläufiges Gerücht, daß in den letzten Tagen ganz besonders an Stärke zu gewinnen schien, nämlich das Gerücht, daß der Kaiser nach dem Jubiläum abdanken werde. Der zweite Satz klingt wie eine Aufforderung an die Parteien zur Herbeiführung eines politischen Ausgleichs.

Unter den Abgeordneten der deutschen Opposition wird die Frage erwogen, ob es nicht zuzunehmen sei, unter voller Aufrechterhaltung der schärfsten Opposition gegen das Kabinett Thun in der Form der Obstruktions-Taktik eine Aenderung eintreten zu lassen in der Weise, daß die Ausgleichsvorlage in die Verhandlung gezogen werde, um zu verhindern, daß der als schädlich erkannte Böhmisches Ausgleich im Wege der Notverordnung nach § 14 des Staatsgrundgesetzes oktroyiert werde. Diese Frage werde die übermorgen zusammentretende Konferenz der Oöbänner der Linken und der deutschen Oppositionsparteien in ihren ersten Verhandlungen beschäftigen.

Frankreich.

Der Prozeß Picquart. — Vom Dreifusshandel.

Paris, 21. September. Das Buchpolizeigericht verhandelte heute gegen den Advolaten Leblois und den Oberstaatsanwalt Picquart wegen Veröffentlichung von Geheimnissen, die die Landesverteidigung verführten. Die Sitzung wurde um 12 Uhr mittags eröffnet. Picquart wurde von zwei Sicherheitsbeamten vorgeführt. Leblois erschien allein. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beauftragte die Vertagung des Prozesses, weil auf Antrag des Generalgouverneurs eine neue Untersuchung gegen Picquart von den Militärbehörden bezüglich

des sogenannten Petit Bleu (der Schwarzlappen-Depesche an Esterhazy) eingeleitet worden sei. Um die Ueberzeugung von der Loyalität Picquarts bei dem von ihm zum Zwecke des Nachweises der Unschuld Dreyfus gethanen Schritte zu gewinnen, müsse man in der That wissen, ob er der Urheber des Petit Bleu sei. Man müsse also eine Beschlußfassung über das Picquart vorgelegene Vergehen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen so lange vertagen, bis man über das Petit Bleu Aufklärung erhalten habe.

Labori widersetzt sich voller Entrüstung der Vertagung und verlangt, man solle Aufklärung vor aller Welt geben. Er wolle nicht, das Picquart dem bürgerlichen Gerichte entzogen werde, um der Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert zu werden. Was das Petit Bleu anlauge, so sei es echt.

Fabre, der Verteidiger Leblois, schloß sich den Ausführungen Laboris an.

Unter großer Spannung des Publikums erbittet jetzt Picquart das Wort, um folgendes zu erklären: „Ich bitte unbedingt um sofortige Urtheilung, aber ich lege Wert darauf, eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe hier offiziell eine neue gehässige Maßregel gegen mich vernommen, die ich heute morgen in den Zeitungen gefunden habe, aber nicht glauben wollte. Vielleicht bin ich heute abend schon in dem Chorocho Midi (Militärgefängnis). Da ich also wahrscheinlich die letzte Gelegenheit habe, öffentlich zu sprechen, so will ich, daß man es wisse: Wenn ich ein Ende nehmen sollte wie Demercier-Picard oder Henry, so geschah ein Mord. Ich bin nicht der Mann, Selbstmord zu begehen. Was auch geschieht, die Ruhe meines Gewissens wird mich nie verlassen.“

Das Publikum war eine Weile erschüttert, dann brach es, während das Gericht sich nach dem Beratungszimmer begab, in lebhaften Beifall aus. Nach einviertelstündiger Vertagung gab der Gerichtshof sein Urtheil dahin ab, die Verhandlung gegen Picquart und Leblois zu vertagen. Bei Vertagung des Gerichtsbeschlusses wurden Picquart Ovationen bereitet. Picquart, der in Begleitung von Agenten der Sicherheitspolizei den Justizpalast verließ, verzichtete darauf, seine vorläufige Entlassung aus der Untersuchungshaft zu fordern.

Picquart erfuhr am Sonnabend, daß die militärgerichtliche Untersuchung wegen der angeblich von ihm begangenen Fälschung ohne weiteres eingestellt werden sollte. Er verlangte darauf sofort von Labori, er solle alle Schritte thun, um dies zu verhindern, weil für Picquart, der begründete Aussicht hat, wieder in die Armee einzutreten, das dringende Interesse besteht, vor dem Kriegsgericht diese Affaire klarzustellen. Der Kriegsminister Chanoinne nahm hierauf, so melden Pariser Blätter, Einsicht in die Akten und befahl dem General Jurlinden, der bekanntlich gegen die Einleitung dieser von Cavagnac begonnener Untersuchung gewesen ist, sofort einen Untersuchungsrichter zu bestellen.

Das Kriegsministerium erklärt aber, es sei unrichtig, daß der Kriegsminister den General Jurlinden angewiesen habe, gegen Picquart die Untersuchung einzuleiten. Jurlinden sei allein zuständig für die Anordnung der gerichtlichen Verfolgung gegen Picquart.

Die mit der Prüfung des Revisionsgesuches beauftragte Kommission trat heute nachmittag im Justizministerium zusammen. Ueber ihre Beratungen ist nichts in Erfahrung zu bringen. Die Prüfung der Dreyfus-Akten wird voraussichtlich am Montag beendet sein. Das Ergebnis soll am Dienstag dem Ministerrate vorgelegt werden.

General Pellieux, der die Untersuchung gegen Esterhazy geführt hat, geht als Brigadier in die Provinz. Einer anderen Version nach hat Pellieux seine Veretzung in die Reserve verlangt. Pellieux soll vom Kriegsminister gebeten worden sein, seinen Posten als oberster Befehlshaber der Pariser Garnison aufzugeben, damit nicht mehr von ihm gesprochen werde. Um Pellieux zu überzeugen, daß er nicht in Ungnade gefallen sei, stellte ihm Chanoinne frei, sich einen Posten in der Provinz selbst zu wählen.

Jurlindens Wiederernennung zum Pariser Militär-gouverneur wird von der Generalstabspresse als großer Sieg gefeiert und von den Verteidigern des Rechts als verhängnisvolle Schwäche Briffons beklagt. Die erste Wirkung der Maßregel ist gewesen, daß der Kriegsminister die von Jurlinden zusammengebrachten Anklagepunkte gegen Picquart dem Militär-gouverneur zur Weiterverfolgung übermittelte, so daß Jurlinden jetzt als Gouverneur die Anklage wegen Fälschung über Picquart verhängen wird, die er als Kriegsminister wegen des Widerstandes Briffons nicht erheben konnte.

Von dem Maidoyer Laboris ist noch folgendes zu berichten: Labori sprach sein Befremden darüber aus, daß der Generalprokurator gestern nachmittag die Staatsanwälte von der gegen Picquart angeordneten Untersuchung verläßt habe, während er und Picquart erst heute morgen davon erfahren hätten, und zwar aus der Generalstabspresse, von der Picquart seit Monaten beauftragt werde. Die gegen Picquart erhobene Anklage stütze sich darauf, daß Picquart, als gegen ihn von seinen Untergebenen, seinen Gleichgestellten und — sich zu den als Zeugen anwesenden Generalen Gouze und Pellieux wendend — auch von seinen Vorgesetzten infame Machinationen angezettelt wurden, einen Advolaten mit seiner Verteidigung betraute. Die Anklage sei nur erhoben worden, weil Cavagnac Kriegsminister war und weil Picquart die Fälschung Henrys beweisen wollte.

Wie die offiziöse Agentur Havas erfährt, sieht die Regierung der neuen Untersuchung gegen den Obersten Picquart voll-kommen fern. Die Initiative dazu gehe von der Militärbehörde aus. Da das Buchpolizeigericht die Vertagung der Verhandlung auf unbestimmte Zeit beschlossen habe, schreite nunmehr die Militärjustiz ein, und es könne nicht mehr die Rede davon sein, dem Vorgehen der Militärbehörde ein Hindernis in den Weg zu legen. Die neue Untersuchung werde daher unbehindert ihren Lauf nehmen.

Hirsch L. W. meldet aus Paris vom heutigen Tage: Beim Direktor des Saint-Gesängnisses erschien gestern ein Gendarmes-lapitan, um im Auftrag des Platzkommandanten den Obersten Picquart abzuholen. Der Direktor antwortete, daß die Zivil-justiz Picquart nicht freigegeben habe, weil der Prozeß nur verlagert sei. Zwischen dem Kriegsminister Chanoinne und Jurlinden besteht, wie verlautet, ein Konflikt, da Chanoinne von der Verhaftung Picquarts nichts wissen will. Jurlinden will heute die formelle Eingabe um Auslieferung Picquarts einreichen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Alle in Buch- und Steindruckereien

beschäft. Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Leipzigs.

Freitag den 23. September abends 8 Uhr

## Oeffentl. Versammlung im Saale des Herrn Spieß, Seeburgstr.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Herr Manfred Wittich. 2. Arbeitsnachweis betr. 3. Diskussion. Das Erscheinen eines jeden Hilfsarbeiters und -Arbeiterin ist Pflicht. Der Vertrauensmann: G. Schauer.

## Achtung, Rahmenkröpfer!

Freitag den 23. September abends 1/2 9 Uhr

## Versammlung im Coburger Hof.

Tagesordnung: Wie die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Rahmenkröpfer verbesserungsbedürftig? Kollegen! Es ist Pflicht, daß Ihr alle erscheint. Die Tarifkommission.

## Modell-u. Fabriktschler

Freitag den 23. September abends 1/2 9 Uhr

## Oeffentl. Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Streiks. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Da wichtige Anträge vorliegen, sind die Kollegen verpflichtet, pünktlich zur Stelle zu sein. Die Agitationskommission.

## Grosszschocher-Windorf. Textilarbeiter u. Arbeiterinnen

Sonnabend den 24. September abends 1/2 9 Uhr

## Große öffentl. Versammlung im Trompeter zu Großzschocher.

Tagesordnung: 1. Das Recht auf Arbeit. Referent: Franz Meusch. 2. Gewerkschaftliches und Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

## Achtung, Maler!

Sonntag den 25. September vorm. 1/2 11 Uhr

## Große öffentl. Versammlung in den Gärten der Flora, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Referent: Genosse Meusch. 2. Wie stellen wir uns zu den jetzigen Vertretern der Organisation und zu dem unrechtmäßigen Verleihen der 307 Mk., resp. 1100 Mk. fehlenden Geldern des Unterstützungsfonds. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines jeden im Malergewerbe beschäftigten Arbeiters. Gleichzeitig werden die jetzigen Vertreter der Organisation dringend ersucht, zu erscheinen. Der Einberufer.

## Achtung, Steinsetzer!

Montag den 26. September abends 8 Uhr

## Oeffentliche Versammlung bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag vom Kollegen Wiese-Hamburg. 2. Bericht des Delegierten vom Kartell und Neuwahl. 3. Wahl von Revisoren. 4. Die Arbeitsverhältnisse am hiesigen Ort. 5. Verschiedenes. D. G.

## Konsumverein für Zwenkau u. Umg.

(Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpf.)

Sonntag den 25. September nachm. 1/2 4 Uhr

## Ordentliche General-Versammlung im Gasthof zum Goldenen Löwen in Fohschbar.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht und Rechnungslegung desselben. 3. Beschlusfassung über Verteilung des Reingewinnes. 4. Bericht über die gesetzlich stattdeswegen Revision. 5. Ergänzungswahl des Vorstandes. 6. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und 3 Ersatzmitgliedern zum Aufsichtsrat. 7. Anträge der Mitglieder nach § 18 des Statuts. 8. Allgemeines. Zutritt haben nur Mitglieder. Der Vorstand: Ernst Weber. R. Wolf.

## Männer-Turnverein Leipzig-Ost.

Sonnabend den 24. September abends 1/2 8 Uhr

## 2. Stiftungsfest, verbund. mit Ball u. turnerischen Aufführungen im Thüringer Hof, Soltmannsdorf.

Alle Turngenossen und Freunde des Vereins sind eingeladen. D. Z. Zu obigem Feste empfehle ich Speisen und Getränke in der kannten Güte und bitte um freundlichen Zuspruch. Ergebnisse! Wilhelm Grau.

## Restaurant u. Speisehaus v. Rob. Mühler

Neuschleussig, Könnertstr. 22

empfehle seine neu restaurierten Lokalkitäten, Billard und Regelbahn sowie kräftigen Mittagsstisch. Freitag früh Schlachtfest. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. F. Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit. Hochachtungsvoll D. D. Morgen sowie alle Freitage

## Pantheon. Ballmusik.

Ergebenst ladet ein J. Munkelt.

## Lapps alkoholfreies Bier in Flaschen

Bestes Erfrischungs- und Gesundheits-Getränk aus der Bayerischen Bierbrauerei V. Lapp, Leipzig-Lindenau. Telephon-Amt III, 5489.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

# Achtung, Metallarbeiter!

Freitag den 23. September abends 1/2 9 Uhr

## Große öffentliche Versammlung im Saale des Felsenkellers zu L-Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Die Berufsausbildung der Metallarbeiter in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Referent: Herr Ingenieur Groppe aus Berlin. 2. Unternehmervillkür und die Zustände in den Fabriken von H. Weiskelbach Nachf., von Wiegand u. Schfarth u. anderen mehr. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Das Agitationskomitee.

## Holzarbeiter Leipzigs. Herbst-Fest

Sonnabend den 24. September

Allgemeines grosses

in sämtlichen Räumen des Felsenkellers, Plagwitz bestehend in Konzert und Gesangs-Aufführungen sowie BALL. Das Konzert wird angeführt vom Neuen Leipziger Musikerverein. Gesang von Sängern des Arbeiter-Sängerbundes Vorwärts. Ende des Balles festh.

Einlaß 7 Uhr. Anfang halb 8 Uhr. Programme, im Vorverkauf 15 Pfg., wolle man entnehmen bei nachstehenden Stellen: Hauptverkaufsstelle Coburger Hof, Windmühlenstraße; Cigarrengeschäft B. Röber, Markthallenstraße; Restaurant A. Beyer, Hauptmannstraße; Plagwitz: Restaurant S. Richter, Nonnenstraße (Kammerun), sowie Felsenkeller; Gohlis, Restaurant W. Hof, Obere Georgstraße; Reudnitz, Cigarrengeschäft Bonfig, Burgener Straße, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern, auch werden die Vertrauensleute und Werkstellendelegierte aufgefordert, für den Vertrieb derselben thätig zu sein. Das Festkomitee.

Zur Wintersaison empfehle in bedeutender Auswahl

**Herren-Anzüge**  
von Mk. 9,75, 12, 15, 18

**Herren-Anzüge**  
prima Stoffe, eleganter Sitz Mk. 20, 24, 27, 30

**Knaben-Anzüge**  
in einfacher und eleganter Vorarbeitung von Mk. 2,50 an

**S. Joseph**

7 Schumppferstraße Reudnitz Leipzig Plagwitz 26  
7 Schumppferstraße Reudnitz Leipzig Plagwitz 26

## Gemeinnütziger Verein Gantzsch.

Mitglieder-Versammlung jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des laufenden Monats. D. U. Sängervereinigung jeden Freitag.

## Neustadt u. Schönefeld

Sonnabend den 24. September im Sächsischen Hof Oeffentl. Demonstrations-Vortrag Institut Kosmos.

Näheres Platate. [8900]

## Adolf Pincus

3/5 Hainstrasse 3/5.

Barthenhemden für Mädchen 35 Pfg. Barthenhemden für Knaben 35 Pfg. Barthenhemden für Damen 95 Pfg. Barthenhemden für Herren 95 Pfg. Mädchenhemden, Hemdentuch, mit Kapselknauf . . . 35 Pfg. Knabenhemden, Hemdentuch . 35 Pfg. Damenhemden, Hemdentuch . 53 Pfg. Herrenhemden, Hemdentuch 1.30 Mk.

## Altes Gold

taucht z. höchst. Breiten Uhrmacher Becker, Hauptstr. 33.

## Gasthof z. Löwen, Stötteritz.

Sonnabend den 24. September abends 8 1/2 Uhr

## Leipziger Sängerkonkurs-Ausverkauf

in Leipzig-Gohlis, Neußere Gassestraße 33.

Das zur Hallbauerschen Konkursmasse gehörige Warenlager, bestehend aus: Buckskin, Cheviot, Rammingarn, Diagonal, Croisé, Paletotstoff u. s. w.

durchgängig moderne Ware, soll zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft werden. Der Konkursverwalter.

## Schuhwaren aller Art

kauft man am allerbilligsten beim billigen Schuster Paul Haegeler, Lindenau, Marktstraße 5.

Jeder Besucher dieses Blattes erhält beim Einkauf 5 Prozent Rabatt.

## Dessauer Hof, Sternwartenstr. 2

Einl. kräft. Mittagstisch mit Suppe 40 Pfg., sowie ff. Lager und Kalmbacher. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. W. Wagner.

Morgen Freitag Schlachtfest. Von früh 1/2 7 Uhr an Wellfleisch. E. Vettors, Zaubergeweg 16.

## Karl Worbs, Kleinzschocher

Hauptstraße 18. Jeden Freitag Schlachtfest. Früh 8 Uhr Wellfleisch.

## Karoline verw. Bindel

Gebäude, G-Plagwitz, Flegelstr. 1a, I.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch in Leipzig.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt)

Schweiz.

Ein Verbot.

Das in Neuenburg seit längerer Zeit erscheinende italienische Anarchistenblatt "L'Agitatore" brachte in seiner letzten Sonnabendnummer eine Verherrlichung der That Lucchenis und sagte, solange jede Meinungsäußerung nicht absolut frei sei, würden die Attentate auch nicht aufhören.

Wir stellen fest, daß unser Büllicher Parteiblatt, Das Volksrecht, schon vor einem Monat vor dem Agitatore als einem polizeiverdächtigen Blatte, das offenbar von Spionen geleitet werde, ausdrücklich gewarnt hat.

Es wäre nicht das erste und wird nicht das letzte "Anarchisten"organ sein, das von Polizeigeldern unterhalten wird.

Dänemark.

Die Landtagswahlen.

Kopenhagen, 21. September. Bei den heutigen Ergänzungswahlen für die Hälfte des Landtags gewann die linke Reformpartei 4 Sitze, von denen die Partei der Rechten bisher 8 und die der gemäßigten Linken einen inne hatte.

Spanien.

Zwei Dekrete.

Madrid, 22. September. Die Königin-Regentin unterzeichnete ein Dekret, durch das die Galeerensträflinge, die im letzten Kriege als Freiwillige mitgefochten haben, begnadigt werden.

Sie unterzeichnete ferner die Dekrete über die Suspension des Admirals Montojo und des Direktors des Arsenal von Cavite, Sostoc.

Großbritannien.

Von Kitchener. — Chinesische Gälteleien.

London, 21. September. Daily Chronicle meldet aus Kairo, der siegreiche Begener des Mahdi, Sirdar Kitchener, werde zum Lord Kitchener of Khartoum ernannt werden und eine Gratifikation von 25000 Pf. Sterl. (500000 Mk.) erhalten.

Die Times melden aus Peking: "Die Russen erklären die Angelegenheit der Rutschwangbahn-Anleihe damit, daß, ehe die Verhandlungen Chinas mit der Hongkong-Schanghai-Bank begonnen waren, bereits ein geheimes Abkommen zwischen Rußland und China existierte, worin China sich verpflichtete, die beabsichtigte Ergänzungslinie Shanhaikuan-Rutschwang weder in fremde Hände gelangen, noch unter fremde Kontrolle kommen zu lassen.

Sozialreform oder Revolution?

Von Rosa Luxemburg.

II.

Anpassung des Kapitalismus.

Die wichtigsten Mittel, die nach Vernstein die Anpassung der kapitalistischen Wirtschaft herbeiführen, sind das Kreditwesen, die verbesserten Verkehrsmittel und die Unternehmerorganisationen.

Um beim Kredit anzufangen, so hat er in der kapitalistischen Wirtschaft mannigfaltige Funktionen, seine wichtigste besteht aber bekanntlich in der Vergrößerung der Expansionsfähigkeit der Produktivkräfte und in der Vermittlung und Erleichterung des Austausches. Da wo die immanente Tendenz der kapitalistischen Produktion zur grenzenlosen Ausdehnung auf die Schranken des Privateigentums, die beschränkten Dimensionen des Privatkapitals stößt, da stellt sich der Kredit als das Mittel ein, in kapitalistischer Weise diese Schranken zu überwinden, viele Privatkapitale zu einem zu verschmelzen — Aktiengesellschaften — und einem Kapitalisten die Verfügung über fremdes Kapital zu gewähren — industrieller Kredit.

Kreislauf des Produktionsprozesses. Die Wirkung, die diese beiden wichtigsten Funktionen des Kredits auf die Krisenbildung haben, ist leicht zu übersehen. Wenn die Krisen, wie bekannt, aus dem Widerspruch zwischen der Expansionsfähigkeit und Tendenz der Produktion und der beschränkten Konsumtionsfähigkeit entstehen, so ist der Kredit nach dem obigen so recht das spezielle Mittel, diesen Widerspruch so oft als möglich zur Eruption zu bringen. Vor allem steigert er die Expansion der Produktion ins ungeheuerere und bildet die innere Triebkraft, sie beständig über die Schranken des Marktes hinauszutreiben.

Außer diesen beiden wichtigsten Ergebnissen wirkt der Kredit in Bezug auf die Krisenbildung noch mannigfaltig. Er bietet nicht nur das technische Mittel, einem Kapitalisten die Disposition über fremde Kapitale in die Hand zu geben, sondern bildet für ihn zugleich den Sporn zu einer kühnen und rücksichtslosen Verwendung des fremden Eigentums, also zu waghalsigen Spekulationen. Er verschärft nicht nur als heimtückisches Zirkulationsmittel die Krise, sondern erleichtert ihr Eintreten und ihre Verbreitung, indem er die ganze Zirkulation in eine äußerst zusammengesetzte und künstliche Maschinerie mit einem Mindestmaß Metallgeld als reeller Grundlage verwandelt und so ihre Störung bei geringstem Anlaß herbeiführt.

So ist der Kredit, weit entfernt, ein Mittel zur Beseitigung oder auch nur zur Vinderung der Krisen zu sein, ganz im Gegenteil ein besonderer mächtiger Faktor der Krisenbildung. Und dies ist auch gar nicht anders möglich. Die spezifische Funktion des Kredits ist — ganz allgemein ausgedrückt — doch nicht anderes, als den Rest von Stabilität aus allen kapitalistischen Verhältnissen zu verbannen und überall die größtmögliche Elastizität hineinzubringen, alle kapitalistischen Potenzen im höchsten Maße dehnbar, relativ und empfindlich zu machen. Daß damit die Krisen, die nichts anderes als der periodische Anprall der einander widerstrebenden Potenzen der kapitalistischen Wirtschaft sind, nur erleichtert und verschärft werden können, liegt auf der Hand.

Dies führt uns aber zugleich auf die andere Frage, wie der Kredit überhaupt als ein "Anpassungsmittel" des Kapitalismus erscheinen kann. In welcher Beziehung und in welcher Gestalt immer die "Anpassung" mit Hilfe des Kredits gedacht wird, ihr Wesen kann offenbar nur darin bestehen, daß irgend ein gegensätzliches Verhältnis der kapitalistischen Wirtschaft ausgeglichen, irgend einer ihrer Widersprüche aufgehoben oder abgestumpft und so den eingeklemmten Kräften auf irgend einem Punkte freier Spielraum gewährt wird. Wenn es indes ein Mittel in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft giebt, alle ihre Widersprüche aufs höchste zu steigern, so ist es gerade der Kredit. Er steigert den Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise, indem er die Produktion aufs höchste anspannt, den Austausch aber bei geringstem Anlaß lahmlegt. Er steigert den Widerspruch zwischen Produktion und Aneignungsweise, indem er die Produktion vom Eigentum trennt, indem er das Kapital in die Produktion in ein gesellschaftliches, den Profit aber in die Form eines reinen Kapitalzinses, also in einen reinen Eigentumszettel verwandelt. Er steigert den Widerspruch zwischen den Eigentums- und den Produktionsverhältnissen, indem er durch forcierte Entziehung vieler kleiner Kapitalisten in wenigen Händen ungeheuerere Produktivkräfte vereinigt. Er steigert den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen und dem privaten Charakter der Produktion, indem er die Einnischung des Staates in die Produktion (Aktiengesellschaft) notwendig macht.

Mit einem Wort, der Kredit reproduziert alle kardinalen Widersprüche der kapitalistischen Welt, er führt sie ad absurdum, er überführt sie also ihrer eigenen Unzulänglichkeit, er beschleunigt das Tempo, in dem sie ihrer eigenen Vernichtung — dem Zusammenbruch — entgegenzieht. Das erste Anpassungsmittel für den Kapitalismus in Bezug auf den Kredit müßte also darin bestehen, den Kredit abzuschaffen, ihn rückgängig zu machen.

So wie er ist bildet er nicht ein Anpassungs-, sondern ein Vernichtungsmittel von höchst revolutionärer Wirkung. Hat doch dieser revolutionäre über den Kapitalismus selbst hinausgehende Charakter des Kredits sogar zu sozialistischen angehauchten Reformplänen verleitet, und große Vertreter des Kredits, wie Marx sagt, halb als Propheten, halb als Lumpen erscheinen lassen.

Ebenso als Eintagsfliege erweist sich nach näherer Betrachtung das zweite "Anpassungsmittel" der kapitalistischen Produktion — die Unternehmerverbände. Nach Vernstein sollen sie durch die Regulierung der Produktion der Anarchie Einhalt thun und Krisen vorbeugen. Davon könnte selbstverständlich nur in dem Maße die Rede sein, als die Kartelle, Trusts zc. annähernd zu einer allgemeinen, herrschenden Produktionsform werden sollten. Allein gerade dies ist durch die Natur der Kartelle selbst ausgeschlossen. Der schließliche ökonomische Zweck und die Wirkung der Unternehmerverbände besteht darin, durch den Ausschluß der Konkurrenz innerhalb einer Branche auf die Verteilung der auf dem Warenmarkt erzielten Profitmasse so einzuwirken, um den Anteil dieses Industriezweiges an ihr zu steigern. Die Organisation kann in einem Industriezweig nur auf Kosten der anderen die Profitrate heben, und deshalb kann sie eben unmöglich allgemein werden. Ausgedehnt auf alle wichtigeren Produktionszweige hebt sie ihre Wirkung selbst auf.

Aber auch in den Grenzen ihrer praktischen Bewirklichkeit wirken die Unternehmerverbände gerade entgegengesetzt der Beseitigung der industriellen Anarchie. Die bezeichnete Steigerung der Profitrate erzielt die Kartelle auf dem inneren Markt in der Regel dadurch, daß sie die zuschüssigen Kapitalportionen, die sie für den inneren Bedarf nicht verwenden können, für das Ausland mit einer viel niedrigeren Profitrate produzieren lassen. Das Ergebnis ist die verschärfte Konkurrenz im Auslande, die vergrößerte Anarchie auf dem Weltmarkt, d. h. gerade das Umgekehrte von dem, was erzielt werden will. Ein Beispiel davon — die jetzigen Verhältnisse in der internationalen Zuckerindustrie.

Endlich im ganzen als Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise dürfen die Unternehmerverbände bloß als ein Uebergangsstadium, als eine bestimmte Phase der kapitalistischen Entwicklung betrachtet werden. In der That! In letzter Linie betrachtet sind die Kartelle eigentlich ein Mittel der kapitalistischen Produktionsweise, den fatalen Fall der Profitrate in einzelnen Produktionszweigen aufzuhalten, welches ist aber die Methode, der sich die Kartelle zu diesem Zwecke bedienen? Im Grunde genommen ist es nichts anderes als die Verachlung eines Teiles des akkumulierten Kapitals, d. h. dieselbe Methode, die in einer anderen Form, in den Krisen zur Anwendung kommt. Ein solches Heilmittel gleicht aber der Krankheit wie ein Regen tropfen dem anderen, und kann nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt als das kleinere Übel gelten. Beginnt sich der Absatzmarkt zu verringern — und der frühere oder spätere Eintritt eines solchen Moments kann offenbar nicht geleugnet werden — dann nimmt auch die erzwungene teilweise Verachlung des Kapitals einen solchen Umfang an, daß die Arznei selbst in Krankheit umschlägt und das bereits durch die Organisation stark vergesellschaftete Kapital sich in privates rückverwandelt. Bei dem verringerten Vermögen, auf dem Absatzmarkt ein Maßchen für sich zu finden, zieht jede private Kapitalportion vor, auf eigene Faust das Glück zu probieren. Die Organisationen müssen dann wie Seifenblasen platzen und wieder einer freien Konkurrenz — in potenziertem Form — Platz machen.

Im ganzen erscheinen also auch die Kartelle, ebenso wie der Kredit, als bestimmte Entwicklungsphasen, die in letzter Linie die Anarchie der kapitalistischen Welt nur noch vergrößern und alle ihre immanenten Widersprüche zum Ausdruck und zur Reife bringen. Sie verschärfen den Widerspruch zwischen der Produktionsweise und der Austauschweise, indem sie den Kampf zwischen den Produzenten und den Konsumenten auf die Spitze treiben. Sie verschärfen ferner den Widerspruch zwischen der Produktions- und der Aneignungsweise, indem sie der Arbeiterklasse die Uebermacht des organisierten Kapitals entgegenstellen und so den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in die schärfste Form potenzieren.

Sie verschärfen endlich den Widerspruch zwischen dem internationalen Charakter der kapitalistischen Weltwirtschaft und dem nationalen Charakter des kapitalistischen Staates, indem sie zur Begleiterscheinung einen allgemeinen Zollkrieg haben und so den Antagonismus zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. September.

Theodor Fontane ist gestorben. Fast neunundsechzig Jahre alt, ist er sanft entschlafen, wie der Telegraph meldet. Eine abgeklärte Natur, schlicht und einfach, trotz seiner Jahre jugendlich lebenswürdig, so haben wir ihn in der Erinnerung, und wir stellen uns am liebsten vor, daß er den Gewatter Tod mit schalkhaftem Humor willkommen hieß, der kernste Mensch, der dem Weltlauf mit tröstlichem Lächeln zu folgen gewöhnt war und die überlegene Ruhe im Leben zu wahren gelernt hatte.

Was wir an ihm verlieren, läßt sich nicht leicht mit ein paar Worten sagen. Einer Dichterschule ihn einzureihen, geht nicht an, er würde an allen Ecken und Enden die Schulgrenzen durchbrechen. Sein Wesen und die Wirkungen seiner Tätigkeit kurz zusammenzufassen ist auch nicht leicht und kaum schon jetzt möglich, da ein langes Leben mit reicher Arbeit sich nicht plötzlich überschauen läßt und würdigen.

Sein Leben hat nicht den regelrecht einfachen Weg genommen, der gerade zum Ziele führt. Der junge Fontane (geb. 30. Dez. 1819 in Neuruppin) war zum Apotheker bestimmt und ist als solcher in Leipzig und Dresden thätig gewesen in den Jahren 1840 bis 1848. Im folgenden Jahre unternahm er eine Reise nach England, die für sein ganzes Schaffen von hervorragender Bedeutung wurde. Später ließ er sich in Berlin nieder, dem er in der Hauptsache bis an sein Ende treu geblieben ist. Ins Jahr 1852 fällt eine zweite Reise nach England und 1855—1859 eine dritte. Von 1860—1870 redigierte er dann den englischen Teil in der Kreuzzeitung. 1870 besuchte er den Kriegsschauplatz und hatte eine Gefangenschaft zu überleben. 1870—1890 war er endlich Theaterkritiker der Vossischen Zeitung und hat als solcher bedeutenden Einfluß gehabt.

Seine Schriftstellerei hängt zum Teil mit den Ereignissen der Zeit eng zusammen. Er hat die drei Kriege von 1864, 1866, 1870 geschrieben und in einem kleinen Buche: Kriegsgefangen seine eigenen Erlebnisse in französischer Gefangenschaft. Sein Aufenthalt in England zeitigte Studien und Schilderungen, die mehr gelesen zu werden verdienen. Als Redakteur der Kreuzzeitung hatte er für den Tag zu arbeiten und als Theaterkritiker der Vossischen die literarischen Skizzen zu verfolgen. Eine große Arbeit hat er hier

gesehen, die ihren Mann forderte, ohne ihm reichen Lohn und Anerkennung zu bringen.

Es hat verhältnismäßig lange gedauert, bis er als Dichter durchdrang, und auch, als sein Ruf als Dichter gesichert war, hat er keine großen äußeren Erfolge gehabt. Er hat es niemals verstanden, Entlohnung zu erregen. Es ist auch das merkwürdige an ihm gewesen, daß sich seine dichterische Tätigkeit am reichsten in einem Alter entfaltete, da andere schon daran denken, die Feder aus der Hand zu legen. Erst im Jahre 1878 erschien sein erster Roman: Vor dem Sturm, ein Roman aus dem Winter 1812 bis 1818. Und dann kamen in rascher Folge die Romane und Novellen, die seinen Namen am meisten bekannt gemacht haben: Grete Minde 1880, Elternklipp 1881, der Roman L'Adultera, den unsere Leser jetzt im Feuilleton lesen, 1882, Schach von Muthenow 1883, Graf Petöky 1884, Unterm Birnbaum 1885, Geleise 1887, Irrungen, Wirrungen 1888, Stine 1890, Quitt und Unwiederbringlich 1891, Frau Jenny Treibel 1892, Offt Briefe 1895, Die Wappenstein 1896, 1898 und 1896 veröffentlichte er auch zwei Bände einer Autobiographie, die leider nur nicht zu Ende geführt wird. Fontane war in ausgeprägter Weise Preuze und speziell Brandenburg. Für die landschaftlichen Schönheiten der Mark Brandenburg gingen ihm früh die Augen auf, und er hat die Schönheiten seiner Heimat eindringlich gepriesen. Er hat die Mark Brandenburg von einem Ende zum anderen durchstreift und mit klarem künstlerische die Bilder festgehalten, die er mit Worten in den Wanderungen durch die Mark Brandenburg nachzuschaffen suchte. Die vier Bände dieses Buches, das von 1862—1882 erschien und mehrere Auflagen erlebte, haben ihm viele Freunde gewonnen. Aus starker Liebe zum heimatischen Grund und Boden entstanden, sind sie auch seinen Landsleuten aus Herz gewachsen.

Speziell preussisch war er auch in einem großen Teile seiner Balladen. Das schmale Bändchen Gedichte, das er hinterläßt, steht einzig da in der lyrischen Produktion der letzten 50 Jahre. Den Kern bilden Balladen nach englischen Quellen — hier trug seine Bekanntschaft mit England und englischer Literatur Früchte — und seine Balladen aus der preussischen Kriegsgeschichte. Da hatte er den rechten Ton; kurz, scharf, schlagend, humorvoll und witzig, immer mitten aus der Situation heraus geschaffen, ohne viel Federlesens geradezu, ohne große Worte, sind diese Gedichte erst recht vollständig geworden und haben Eingang in die Schullesebücher gefunden.

Den größten Erfolg hat Fontane in den letzten Jahren gehabt als Romanbichter. Und zwar speziell als Schilderer Berliner Lebens. Mit der Erzählung L'Adultera, die unsere Leser jetzt ja kennen lernen, setzte der Erfolg ein. Mit dem Romane: Irrungen und Wirrungen, der 1888 erschien, war der große allgemeine Erfolg da.

Hier zeigte sich nun, was für Fontanes Wesen so charakteristisch ist, daß nicht zum wenigsten die jüngste Schriftstellergeneration ihn auf den Schild hob. Ja, wenn einer Realist war, so war es dieser alte Herr, der damals fast 70 Jahre zählte. Er schilberte so einfach, schlicht, treu und dabei scharf und rücksichtslos, wenn es sein mußte, ohne nach rechts oder links zu sehen. Ein feiner Geschnack, den ein reiches Leben schenkt, bewahrte ihn vor Uebertreibungen und Verzerrungen, und dabei lag über allem, was er schrieb, der feine Duft eines stillen Humors, der die Dinge an sich heran-kommen ließ und ihnen überlegen begegnete.

Wie Fontane von den Jüngsten gelehrt wurde, so hat auch er viel für sie gethan. Als Theaterreferent hat er sein Richteramt nach seiner feinen Art ausgeübt und nachhaltige Anregungen gegeben. Manchem hat er fördernde Anerkennung gesendet, viele zu dauernder Dankbarkeit verpflichtet.

Von allen Schriftstellern, die Deutschland in den letzten Jahren aufzuweisen hatte, war er der einzige, der von Jung und Alt in gleicher Weise geschätzt, man kann schon sagen geliebt wurde. Der Schmerz über sein unvermehrt schnelles Hinscheiden ist allgemein. Wir waren alle stolz auf Theodor Fontane als auf eine Perle unserer Literatur, und den Stolz werden wir wahren.

Ueber seinen Tod wird in der Vossischen Zeitung geschrieben: Ruhig, friedlich und milde wie sein Wesen und Charakter war der Tod Theodor Fontanes. Er hatte in gewohnter Weise gegen 1/9 Uhr zu Abend gegessen und ging nach Beendigung der Mahlzeit in bestem Wohlsein ins Nebenzimmer. Dort fand ihn nach etwa zwei Minuten seine Tochter tot über das Bett geleht. Rein Schrei, kein Nöckeln hatte das Herannahen des Todes angekündigt. Ohne jeden Todeskampf war er aus dem Leben geschieden. Ein Herzschlag hatte seinem Dasein ein Ziel gesetzt. Kerze, die sofort herbeigerufen wurden, konnten nur noch feststellen, daß der Tod eingetreten war. Ein schneller, aber ein schöner Tod!

Sundermanns Johannes wurde gestern wieder einmal im Neuen Theater gegeben. Besser ist das Stück in der Zwischenzeit wahrlich nicht geworden, und die Unfähigkeit des geschickten Theater-

aufs höchste steigern. Dazu kommt die direkte höchst revolutionäre Wirkung der Karteile auf die Konzentration der Produktion, technische Vervollkommnung etc.

So erscheinen die Karteile in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein "Anpassungsmittel", das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Ausstrahlung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Unterganges geschaffen hat.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale. (Sitzung vom 21. September 1898.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl von 4 Stadtverordneten und 8 Wägern in den gemischten Ausschuss für die diesjährige Stadtverordnetenwahl. Nach den Vorschlägen des Wahlausschusses werden gewählt die Stadtverordneten Bernhardt, Dietering, Hesse und Gangloff; aus der Bürgerschaft Hausbesitzer Franz Albrecht, Handelsagent Wiel, Privatmann Brunner, Privatmann Felsche, privat. Kaufmann Fickewitz, Architekt Hummel, Bäckermeister Päß und Ingenieur Prasse.

Zu der Ratsvorlage betr. Gewährung eines Beitrages von 1000 M. und Ueberweisung von Doubletten aus der Treitschkeschen Bibliothek an die in der Stadt Posen zu begründende Kaiser Wilhelmstiftung beantragt der Finanzausschuss, nur 500 M. zu bewilligen, im übrigen aber der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Pollender erklärt, mit seinen Genossen gegen die Ratsvorlage zu stimmen. Das zu gründende Institut stehe in keinem Zusammenhang mit kommunalen Aufgaben und sei Sache des preussischen Staates. Er stimme aber auch aus principiellen Gründen gegen die Vorlage, die die Verdrängung des polnischen Elements in den polnischen Landesteilen unterstützen wolle. Man solle jedem Volke seine Sprache und seinen Nationalcharakter lassen, die Altpolen würden sie sich am wenigsten nehmen lassen wollen. Sollte unter den deutschen Polen das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland geweckt und gefördert werden, so möge man für bessere Bezahlung namentlich der arbeitenden Landbevölkerung sorgen, daß nicht alljährlich Abertausende zur Sachengängerei in die westlichen Provinzen getrieben würden, um eine halbwegs menschenwürdige Existenz zu suchen. Eine bessere Befreiung der Polen mit den deutschen Einrichtungen sei auch viel eher zu erreichen, wenn an Stelle des militärisch-schneidigen Beamtenums ein volkstümliches Beamtentum trete, das Umgang mit der Bürgerschaft pflege.

Bei der Abstimmung wurden die Antragsanträge gegen 10 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Der Einbau einer Badeeinrichtung in das für die Ermittelten erbaute neue Wohngebäude in Thonberg mit 1800 M. Aufwand wird gegen die Stimme des Stadtv. Böhme genehmigt.

Zu der Beschaffung einer Perronne für Wohnhaus und Paraden der Ermitteltenkonsole in Thonberg, die 945 M. kosten soll, beantragen Stützungs- und Finanzausschuss, von einem Schlagwerk der Uhr abzusehen und die Kosten demgemäß einzuschränken.

Stadtv. Lange tritt für die Ratsvorlage ein. Die Ermittelten müssen pünktlich ihrer Arbeit nachgehen. Ihre Uhren seien in der Regel auf dem Leibhaus oder den Mobilarspeichern. Es sei doch da geradezu eine Strafe, wenn die 6-800 Zinslosen vor das Haus erst laufen sollten, um nach der Uhr zu sehen, was geschahen müsse, wenn das Schlagwerk nicht bewilligt werde.

Stadtv. Dr. Nögger erblickt in den Ausführungen des Vorredners eine Beleidigung der Ausschüsse. Ihr Antrag bedeute keine Härte, sondern sei der Erwägung entsprungen, daß die nahen Uhren des Zwangsarbeitshauses und der Thonberger Kirche mit Schlagwerken versehen seien, die beide in den Ermitteltenthäusern zu hören seien.

Der Vorsteher vermag in den Anweisungen des Stadtv. Lange keine Beleidigung zu finden. — Stadtv. Martin und Stadtrat Hentschel bestreiten, daß die anderen Uhren in den Ermitteltenthäusern immer gehört würden. Der Antragsantrag wird darauf mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt und dann die Ratsvorlage angenommen.

Eine größere Anzahl von Stützungsrechnungen wird richtig gesprochen.

Für Straßenherstellungen in der Quer- und Turnerstraße zu Eutritzsch werden 10210 M. und 6900 M., für Straßenherstellungen an der alten Elster, in der Christian- und Wettiner-

straße zusammen 17240 M. bewilligt. Zur Drainierung mehrerer zum Rittergute Grasdorf gehöriger Feldparzellen in Portitzer Forst bewilligt das Kollegium 4460 M.

Für Belegung von Fußwegen mit Granitplatten werden an regulativmäßiger Entschädigung gewährt: in der Weissenfeller Straße 1746 M., in der Alten Straße in Plagwitz und der Könnertstraße zu Schleußig 2043 M., am Markte in Lindenau 1615 M.

Der Gemeinde Poritz wird zur Anschaffung einer Feuerspritze ein Beitrag von 200 M. bewilligt.

Zu einer längeren Besprechung führte die Arbeitsordnung für den Grasdorfer Steinbruch und die damit im Zusammenhang stehende Eingabe der Steinbrucharbeiter. Der Referent Stadtv. Geheimrat Dr. Göhring erwähnte, daß die Hauptbeschwerde der Eingabe, das 110 Centimeter hohe Einsetzen der Steine bei 100 Centimeter Berechnung bereits durch die eigene Initiative des Rates abgestellt sei. Die weitere gewünschte besondere Bezahlung des Nachboffierens der Steine sei nicht anständig und für das Abräumen der Felsen enthalte bereits der Haushaltsplan jährlich die Summe von 1500 M. Die eingetretene Kürzung der Accordlöhne sei nur ein Ausgleich für die jetzt den Arbeitern unentgeltlich gelieferten Sprengmittel. Im übrigen sei alles aufs beste bestellt; das zeige auch der Umstand, daß fremdländische Arbeiter schon seit langen Jahren in dem Steinbruch beschäftigt seien.

Stadtv. Pollender: Verschiedene Punkte der Eingabe haben ja bereits ihre Erledigung gefunden. Wenn er trotzdem beantrage, den Rat zu ersuchen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Grasdorfer Steinbruch nochmals in wohlwollender Erwägung zu ziehen, so leitete ihn hierbei mannigfache Wahrnehmungen, die er an Ort und Stelle gemacht habe. Im Ausschuss sei davon die Rede gewesen, daß die Eingabe auf die Stänkerei eines einzelnen zurückzuführen sei. Im Steinbruch sei davon nichts bekannt. Es habe vielmehr ein allgemein empfundenes Bedürfnis zu der Eingabe geführt und auch jetzt noch bestche allgemeine Unzufriedenheit darüber, daß auch solchen Arbeitern Lohnabzüge gemacht wurden, die von der unentgeltlichen Lieferung der Sprengmittel keinerlei Vorteil haben, ja, mit den Sprengmitteln überhaupt nichts zu thun haben. Er hätte es für zeitgemäßer gehalten, wenn der Rat ohne Lohnabzüge zur unentgeltlichen Lieferung der Sprengmittel gekommen wäre, zumal nach den Ratsangaben selbst das Durchschnittseinkommen der Arbeiter sich zwischen 900—1000 M. halte. Es übersteige also nicht das vom Hofrat Ackermann für unbedingt nötig bezeichnete Existenzminimum und ein bißchen weiter dürfe ein kommunaler Betrieb doch wohl gehen. Mit dem Nachboffieren und dem Abräumen der Felsen verhalte es sich auch etwas anders als vom Referenten geschildert. Das Nachboffieren der Steine sei nicht lediglich auf die eigene Schuld der Arbeiter zurückzuführen, sondern werde zu einem guten Teile auch durch die auf dem Transport den Steinen zugefügten Beschädigungen erforderlich. Und für diese Arbeit, die in Leipzig verrichtet werden müsse, werde kein Pfennig entschädigt. Die im Etat eingestellte Summe für das Abräumen der Felsen komme nur bei der Erweiterung des Steinbruchs in Frage, für das Abräumen der zum Zwecke des Planierens im Steinbruche selbst früher aufgeschütteten Erdmasse werde nichts bezahlt. Der Verfasser der Arbeitsordnung müsse eine gewisse Geistesverwandtschaft mit denjenigen besitzen, die das Ansetzen zur Arbeitseinstellung bestrafen wissen wollen. Die Arbeitsordnung belege nämlich denjenigen mit Strafe, der seine Mitarbeiter zur Einstellung der Arbeit aufreize. So lange wir noch nicht unter dem schönen Zustand lebten, wo solche Sünder ins Zuchthaus gesperrt werden, gestalte sich Redner, jene Bestimmung der Arbeitsordnung als eine ungeschickliche zu bezeichnen, da § 152 der Gewerbeordnung derartige Verbote und Strafbestimmungen aufhebe. Gingegehe fehle in der Arbeitsordnung die nach der Gewerbeordnung darin erforderliche Zweckbestimmung für die Verwendung der Strafgebühren. Zum Schluß empfiehlt der Redner dem Räte, von dem § 134 h der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen und für den Grasdorfer Steinbruch einen Arbeiterausschuss wählen zu lassen.

Der Referent Geheimrat Dr. Göhring sucht die Monita des Vorredners als unbegründet hinzustellen. Die Arbeiter hätten sich ursprünglich mit der neuen Arbeitsordnung einverstanden erklärt. Daß auch den Steinchlagern Lohnabzüge gemacht worden seien, rechtfertigte sich aus dem Umstande, daß die Arbeiter den Accord kolonnenweise übernahmen. Bei einer höheren Lohnzahlung werde die Betriebsfähigkeit des Steinbruchs in Frage gestellt, auch ließen ja die Arbeiter zum Teil ihre Frauen noch mit im Steinbruch arbeiten, wodurch sich ihr Einkommen erhöhe. § 152 der Gewerbeordnung spreche auch nur von "Verabredungen" zur Einstellung der Arbeit, nicht von "Aufreizung" zur Einstellung der Arbeit.

Stadtv. Pollender erwidert, nach seiner Erkundigung sei die schon im Ausschuss aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiter ursprünglich mit der neuen Arbeitsordnung einverstanden gewesen seien, unwichtig. Auch hätten die Sprengerkolonnen mit den Schlagern und Boßleren nichts zu thun. Ein Ausgleich finde also nicht statt. Daß die Frauen, statt sich der Kinderberziehung und dem Hauswesen zu widmen, sich veranlaßt fänden, täglich 6, 7 und mehr Stunden im Steinbruch bei schwerer Anstrengung zu schaffen, sei doch gerade ein Beweis dafür, daß das Einkommen des Mannes unzureichend sei. Und § 152 der Gewerbeordnung treffe hier wohl zu. Denn jede Verabredung oder Ueberredung zur Einstellung der Arbeit werde in der Praxis als Aufreizung angesehen. Hierin liege ja neuerdings gerade die große Gefahr für die ganze Arbeiterbewegung und das Koalitionsrecht.

Stadtv. Böhme beantragt, den Rat zu ersuchen, nicht nur für den Grasdorfer Steinbruch, sondern möglichst für alle städtischen Betriebe, in denen Arbeiter beschäftigt sind, Arbeiterausschüsse bilden zu lassen. Der Antragsteller verspricht sich davon den Erfolg, daß derartige Beschwerden, wie die heutigen, nicht mehr im Stadtverordnetenkollegium erledigt zu werden brauchen, sondern zwischen der Verwaltung und den Ausschüssen erledigt werden.

Bei der Abstimmung wird der Antragsantrag, die Eingabe der Arbeiter auf sich beruhigen zu lassen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Pollender, wonach der Rat nochmals die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Grasdorfer Steinbruch prüfen sollte, wird abgelehnt, der Antrag Böhme hingegen, der Arbeiterausschüsse für alle städtischen Betriebe fordern, wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Auch die Eingabe einer öffentlichen Geschirrführerverammlung vom 23. November 1897, betr. den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen, führt zu einer längeren Diskussion. Die Petition forderte: a) den Straßenbahngesellschaften aufzugeben, an allen Straßenkreuzungen, die von den elektrischen Bahnen berührt werden, eine besondere Bewachung einzutreten

zu lassen, und die Gesellschaften für event. Unglücksfälle haftbar zu machen, b) bei rechtzeitig erfolgter Meldung das rechte Gleis der Straßenbahnen für umfangreiche und schwerbeladene Lastgeschirre freizugeben, c) militärische Paraden und sonstige Anzüge von Gesellschaften innerhalb des Promenadenringes nicht zu gestatten, d) gegen die Anweidbarkeit der Bestimmungen in §§ 315 und 316 des Reichsstrafgesetzbuches in Bezug auf die elektrischen Bahnanlagen zu petitionieren und die Gleisanlage der elektrischen Bahn am Plagwitzer Bahnhof abzuändern, e) die Fahrgeschwindigkeit der elektrischen Wagen in den verkehrsreichsten Straßen genauer zu kontrollieren.

Oekonomie- und Verkehrsaußschuss beantragen, nur den Punkt a dem Räte zur Erwägung zu überweisen, im übrigen die Eingabe auf sich beruhigen zu lassen.

Stadtv. Fick wünscht, daß der Rat darauf achte, daß auf die Kontrollposten an belebten Straßenkreuzungen nicht hochbejahrte Invaliden gestellt würden, denen infolge fehlender geistiger und körperlicher Kräfte eine genügende Kontrolle unmöglich sei. Die Straßenbahngesellschaften hätten inzwischen bereits teilweise einen Wechsel eintreten lassen. Im Ausschuss seien auch die durch die Paraden auf dem Augustusplatz hervorgerufenen schweren Verkehrsstörungen beklagt worden. Im übrigen ersucht der Redner noch, kleine Bergehen oder Kollisionen mit elektrischen Motorwagen nicht immer gleich dem Staatsanwalt und dem Gericht zu überweisen, sondern es in der Regel bei Polizeistrafen bewenden zu lassen.

Polizeidirektor Bretschneider bemerkt, nach der Substanz des Reichsgerichts finden die §§ 315 und 316 des Reichsstrafgesetzbuches auch auf elektrische Straßenbahnen Anwendung. In allen den Fällen, wo Beschädigungen von Motorwagen eintreten, liege Gefährdung eines Eisenbahntransportes vor und sei das Polizeiamt gezwungen, diese Fälle an die Staatsanwaltschaft abzugeben. Im übrigen aber ließe das Polizeiamt schon weitgehende Milde walten. Entgegengesetzte Vorwürfe müsse er mit Entschiedenheit zurückweisen. Zu militärischen Anzügen bedürfe es keiner polizeilichen Erlaubnis.

Stadtv. Fick weist noch darauf hin, daß ungeschuldige Anzüge von Arbeitern am Sonntag, wo von einer Verkehrsstörung nicht gesprochen werden könne, verboten werden, während wegen der Paraden stundenlang der gesamte Verkehr in den angrenzenden Straßen unterbrochen werde.

Die Antragsanträge wurden darauf einstimmig angenommen. Schließlich wurde noch die Erwerbung von 58 Quadratmeter Vorgartenareal vor dem Grundstück Litzener Straße 46 in Lindenau zu Straßenzwecken zum Preise von 7.50 Mark pro Quadratmeter genehmigt.

Internationaler Glasarbeiterkongress.

B. Berlin, 20. September. (Fortsetzung.)

Im Namen der belgischen Glasarbeiter spricht Lambillotte, Mitglied des belgischen Abgeordnetenhauses, aus Ymuel bei Charleroi. Die Löhne in Belgien sind beinahe so niedrig wie die italienischen. Der Bläser erhält für den Quadratmeter Tafelglas 18 Centimes, wovon ihm nur 13 Centimes wirklich bleiben. Die Unternehmer hätten früher noch die Arbeiter dadurch betrogen, daß sie das gefertigte Glas mit ungeachteten Massen gemessen hätten. Erst durch die Macht der Organisation seien sie zur Anwendung des geschicklich gemessenen Maßes gezwungen worden. Die Organisationsgeschichte der belgischen Arbeiter weise eine Reihe von erbitterten Kämpfen gegen das unerbittliche Kapital auf. 1884 sei ein großer Streik vollständig verloren gegangen, die Organisation habe sich nur langsam erheben können und schon 1886 habe sie neue Prüfungen zu bestehen gehabt. Die damals verübten Gewaltthatigkeiten gegen einzelne Glashütten hätte man den organisierten Arbeitern in die Schuhe geschoben, um der Organisation das Lebenslicht auszublasen. Der Leiter der Organisation sei als erstes Opfer ausgetrieben gewesen, man habe ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Durch den Druck der öffentlichen Meinung gewonnen, habe die Regierung 1888 Fallour begnadigt, ihn aber gleichzeitig des Landes verwiesen. Fallour habe in Amerika lohnende Arbeit gefunden. Der Lohn in der Tafelglasindustrie sei etwas höher in Belgien als in Deutschland, er werde aber durch ungeschöne Maschinen der Unternehmer immer wieder verfürzt. Die Organisation gehörten jetzt 4000 Arbeiter an, davon seien 2000 Bläser und Schöpfer, 500 Strecker, der Rest jugendliche Arbeiter. Für die letztere Kategorie habe die Organisation ein Lohnminimum durchgesetzt. Er halte durchgreifende Schutzgesetze für alle Länder gleichmäßig für notwendig, und dazu seien starke Organisationen von hohem Wert. In Belgien verbiete z. B. ein Gesetz die Kinderarbeit von Kindern unter 14 Jahren, aber auf Petition der Eltern können auch Kinder von 12 Jahren zur Arbeit zugelassen werden, um den karglichen Verdienst der Eltern zu verbessern. Nur mit starker Organisation könne solchen Dingen die Spitze abgebrochen werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittagsitzung wurde die von der Kommission ausgearbeitete Resolution vorgelegt, die folgendes fordert:

Es soll in allen Betrieben der Glasindustrie ein Lohnminimum festgesetzt, die Accordarbeit abgeschafft und die Entlohnung der Gehilfen und Beihilfen von den Unternehmungen in eigene Regie genommen werden.

Das Lohnminimum soll betragen: für Tafelglasmacher 40 M., für Flaschenglasmacher 35 M., Weisglasmacher 35 M., Schleifmeister 35 M., Schleifergehilfen 20 M. pro Woche. Für die ersten Gehilfen der Tafelglasmacher 25 M., für alle anderen ersten Gehilfen der Glasmacher 20 M. Bei allen anderen gelernten Glasarbeitern und deren Gehilfen, sowie bei Professionsisten, Hilfsarbeitern und Lehrlingen soll das Lohnminimum im entsprechenden Verhältnis zum Lohn der Glasmacher stehen. Für hausindustrielle Glasarbeiter sollen 20 M. Wochenverdienst als Minimum angenommen werden. Die Abschreckung und Lohnauszahlung hat wesentlich zu geschehen.

Die tägliche Arbeitszeit soll in allen Betrieben acht Stunden, b. h. im Maximum einschließlich Ruhepausen 48 Stunden die Woche betragen.

Es ist dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Arbeiterkategorie in der Woche einen Ruhetag genießen. Der Kongress fordert daher die Einführung der vollständigen Sonntagstube in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

Die Nachtarbeit und Ueberstundenarbeit sollen beseitigt werden. Solange dies die Art des Betriebes noch nicht zuläßt, sind Nachtarbeit und Ueberstundenarbeit auf das mindeste nachweisbar erforderliche Maß zu reduzieren.

Um vorstehende Forderungen durchzusetzen, ist die nationale Organisation auszubauen und der Anschluß aller Länder an die internationale Organisation durchzuführen. Gleichzeitig sollen die Fraktionen in allen Ländern Aktionen für die Erweiterung der Arbeiterschutzes durchzuführen und insbesondere alle Kongressungen für die gezielte Durchführung des Achtstundentags unterstützen. (Fortsetzung folgt.)

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 21. September. Gestern ist das neue zweite Wasserwerk eingeweiht worden. Das erste (alte) Wasserwerk wurde 1876 in Betrieb genommen und war bestimmt, eine

schriftstellers, eine große Persönlichkeit groß zu zeichnen, tritt nur um so klarer zu Tage, je öfter man das Werk sieht. Aber auch die Darstellung ist im Neuen Theater nicht besser geworden. Die Schauspieler schienen fast es fat zu sein, die Subermännchen Schemen zu verkörpern, und die ganze Vorstellung machte den Eindruck der Abspannung und Müdigkeit. Die verdorbene Königstochter Salome spielte diesmal Fr. Marie Laue. Sie that ihr bestes für die Rolle. Von Anfang an hob sie den lästernen, listigen Charakter dieser Halbjunger hervor. Sie bemühte sich, wie eine Natter zu zischen durch das ganze Stück hindurch. Darüber vergaß sie freilich, daß auch Salomes menschlich reden und natürliche Töne im Halse haben, selbst wenn sie von einem Subermann geschaffen sind. Aber das vergißt ja Fr. Laue auch sonst, und die Preisfrage scheint gerechtfertigt, in welcher Rolle denn Fr. Laue eine ganze, einheitliche Figur schafft, die ihrem Charakter gemäß natürlich und ungezwungen spricht und sich bewegt. Offen gesagt, ein Spiel wie das Fr. Laues gefehert kann für unser Theater von Segen sein, wenn man die Dame auf Subermännchen Stücke beschränkt. Ihr Spiel hebt das unnatürliche, das gemachte, geschraubte Subermännchen Gestalten so energisch hervor, daß auch die Altkünsten sehen müssen und einsehen, was sie an ihrem Subermann haben. Und dann vermindert sich doch vielleicht die Schar der Subermännchen.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Freitag Gerhart Hauptmanns Bib erpelz mit Herrn William Bühler als Gast, im Alten Theater Subermanns Heimat gegeben. — Am Sonnabend wird im Neuen Theater die Oper Carmen, im Alten Theater die Operette Voccaccio gegeben. — Für den kommenden Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater wird die Oper Die Afrikanerin, im Alten Theater die Operette Waldmeister gegeben.

Am kommenden Sonntag wird auch das Carolatheater wieder seine Pforten öffnen. Zur Aufführung kommt das Lustspiel Rosenmüller und Finken mit Herrn William Bühler als Gast in der Rolle des Thimotheus Bloom.

Die Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Düsseldorf wählte München als Ort für die nächstjährige Versammlung. Geheimer Ministerialrath Professor Dr. Neumann-Burg wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Es wurde beschlossen, eine permanente Kommission zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose zu wählen.

Höchstleistung von 85 000 Kubikmeter Wasser pro Tag zu liefern. Bereits 1888 wurde diese Höchstleistung mit mehreren Hundert Kubikmetern täglich überschritten und da die Einwohnerzahl...

Chemnitz, 21. September. Die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann bringt in diesem Jahre nach einer Mitteilung der Direktion voraussichtlich eine 7 Prozent nicht übersteigende Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre zur Verteilung.

Die Handels- und Gewerbekammer hat einstimmig beschlossen, bei der Regierung gleich der Bittauer Handelskammer wegen der Aufhebung der Grenzsperrung für die Einfuhr von Schlachtvieh vorstellig zu werden...

g. Zwissau, 21. September. Das Schwurgericht verurteilte heute den Sticker Ernst Eduard Franke aus Oberschlerna wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Erfolge zu vier Jahren sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf Anordnung des Finanzministeriums erhält der auf Gößner Seite gelegene Bahnhof Meichen die Bezeichnung Meichen-Gößner.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise. m. Burzen, 22. Sept. Nächsten Sonnabend den 24. Sept. abends 9 Uhr findet im Saale von Stadt Wien die Generalsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 11. sächsischen Reichstagswahlkreis statt.

Freiwillige Beiträge für den Wahlverein. Heute, 21. Sept. abends 9 Uhr findet im Saale von Stadt Wien die Generalsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 11. sächsischen Reichstagswahlkreis statt.

Bestisch, 21. September. In der Saale-Zeitung ist zu lesen: Verschiedene auswärtige Zeitungen hatten sich gelegentlich der letzten hiesigen Geschwürrichter entschieden stark übertrieben und wohl gar falsche Darstellungen berichten lassen.

Die Leipziger Volkszeitung hatte berichtet, daß Bürgermeister Reiche seine Demission als Bürgermeister gegeben habe, daß diese aber nicht angenommen, sondern Reiche vom Amte suspendiert worden sei.

Gera, 21. September. Zu den Landtagswahlen in Reuß j. L., die am 27. September vorgenommen werden, haben sich die sozialdemokratischen Kandidaten außer auf die in unserem Parteiprogramm festgesetzten Forderungen noch auf folgende speziell für Reuß in Betracht kommende verpflichtet: Befreiung des Vorrechts der Höchstbesteuerten auf die drei besonderen Sitze im Landtage...

Infolge Eröffnung des Schlachthofes in Gera haben 54 Fleischer vom kaiserlichen Ministerium 70000 Mk. Schadenersatz verlangt, weil, wie das Berliner Tageblatt erzählt, der Schlachthof die Privatschlachthäuser entwertet habe.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. September.

Achtung, Fischer! Die Differenz in der Werkstatt von Vdr. Entsch, Lindenstraße, ist nach Verhandlung mit der Tarifkommission beigelegt.

An den Schandpfehl! Die von Stufe gestuften Grenzboten bringen über den Fürstenmord in Genf einen Artikel, dessen Verfasserhaft einem Vordr. alle Ehre machen würde. Es heißt darin: Man darf wohl behaupten, daß in Berlin — und in den übrigen sozialdemokratischen „emporentwickelten“ Industriebezirken Deutschlands, zumal Norddeutschlands, steht es nicht anders — kein Ladeninhaber mit Arbeiterkundschaft, kein Kleinindustrieller oder Werkmeister, der mit sozialdemokratischen Arbeitern unmittelbar in Berührung steht...

Über die polizeiliche Ueberwachung öffentlicher Versammlungen hat das sächsische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, aus der folgendes hervorzuhelien ist: Das Ministerium hat Wert darauf zu legen, daß die polizeiliche Ueberwachung öffentlicher Versammlungen in einer Weise statfinde, die einmal Mißgriffe thunlichst ausschließt, andererseits aber Gewähr dafür bietet, daß thatsächlich eingeschritten wird, wenn Uebersetzungen oder eine Aufforderung oder Anweisung zu Gesetzesübertretungen oder unzulässigen Handlungen enthalten. Die zur Handhabung des Gesetzes, des Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 berufenen Behörden werden daher bei Bestimmung der mit Ueberwachung einer öffentlichen Versammlung zu beauftragenden Beamten mit Rücksicht zu verfahren und je nach Lage des einzelnen Falles, insoweit nicht der Behördenvorstand — wie dies in besonders wichtigen Fällen sich empfehlen kann — der Ueberwachung sich selbst unterzieht, hierzu nur völlig geeignete juristische oder ältere Bureaubeamte zu bestimmen, von einer Verwendung des unteren polizeilichen Personalpersonals aber in der Regel abzussehen haben.

Von der Universität. Der König hat den bisherigen außerordentlichen Professor der Universität Marburg, Albert Köster, vom 1. April 1899 an zum ordentlichen Professor für neuere deutsche Sprache und Literatur in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt.

Von der Schule. Herr Lehrer Weigel von der siebenten Bürgerschule wurde zum Direktor der 27. Bezirksschule und der seitherige Direktor der 27. Bezirksschule, Herr Röger, wurde zum Direktor der neubegründeten vierzehnten Bürgerschule gewählt.

Die vier Impfstoffe zur Herstellung der Dymphie im Königreich Sachsen haben im vergangenen Jahr 128 Tiere, fast ausschließlich Kälber, zu ihren Zwecken gebraucht. Das Leipziger Institut verbrauchte 18 Kälber, die nach geschickener Abimpfung (6—8 Wochen alt) auf der Sanitätsabteilung des Schlachthofes geschlachtet wurden.

Ueber den ersten Teil des Prozesses Grünenthal verhandelte am Dienstag das Reichsgericht als Revisionsinstanz. Bekanntlich wurde die Großmutter der Geliebten des Grünenthal, Frau Eng, zu neun Monaten, und Elly Holz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Thatsache, daß die Angeklagte zur Zeit der That noch nicht 18 Jahre alt gewesen, nicht genügend Rechnung getragen sei. Versicherungswesen. Die Oberheinische Versicherungsgesellschaft zu Mannheim ist im Königreich Sachsen zum Betriebe der Versicherung gegen Einbruch und Diebstahl mit dem Eigen Dresden und Leipzig zugelassen worden.

Der städtische Haushaltplan für das Jahr 1899 ist vom Rate bereits fertig aufgestellt worden und wird demnächst an die Stadtverordneten gelangen. Die Hauptrechnung der Stadtkasse für das Jahr 1897 ist in den letzten Tagen zur Verteilung gelangt.

Der Nummerzwang für Fahrräder. In einem an das Ministerium des Innern über die Einführung des Fahrrad-Nummerzwanges erstatteten Gutachten hat sich das Polizeiamt unserer Stadt in verneinendem Sinne ausgesprochen, da die Durchführung dieser Maßregel auf zu große Schwierigkeiten stoßen würde.

Auf der Eisenbahnstrecke Leusch-Bindenau-Flagwitz, die bisher trotz des enormen Verkehrs einseitig betrieben wurde, wird heute das in letzter Zeit angelegte zweite Geleise in Gebrauch genommen. Der Betrieb soll später noch bis Eßkya zweigleisig erfolgen.

Vermißt wird seit dem 16. September ein im vierzehnten Lebensjahre stehender Schulknabe aus der Reichenhainer Straße Nr. 174 zu Thonberg gelegenen, erlerlichen Wohnung. Es ist kein Grund bekannt, der den Knaben veranlaßt haben könnte, der Wohnung fern zu bleiben.

Ein bedauerlicher Unfallsfall ereignete sich gestern abend 10 Uhr in der Hospitalstraße, an der Ecke der Stephanstraße, wo ein Postkutschmann von der Großen Leipziger Straßenbahn überfahren wurde. Die Räder gingen ihm über ein Bein, so daß sich wahrscheinlich eine Amputation notwendig machen wird.

Aus der Gast entlassen. Der Fahrradhändler Westkämper, über dessen Verhaftung in Leipzig wir neulich berichteten, ist wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da es ihm gelungen ist, den Untersuchungsrichter von seiner Unschuld zu überzeugen.

Herbstanfang. Morgen früh 1 Uhr 47 Minuten tritt die Sonne in das Zeichen der Waage oder mit anderen Worten, der Kalenderherbst beginnt alsdann, um bis 21. Dezember die Herrschaft zu führen.

Aus der Partei. Ausgewiesen wurde der aus Oesterreich gebürtige Parteigenosse Spizer in Hildesheim nach Verhütung der wegen Posadowstheileidigung gegen ihn erkannten sechsmonatigen Gefängnisstrafe aus dem ganzen preussischen Staate.

Paris, 19. Sept. In Montluzon tagt seit vorgestern der Nationalkongress der Arbeiterpartei, der zunächst das von Jaurès in der Petite République anseinergelegte Projekt einer Einigung der sozialistischen Fraktionen prüfte und einen auf die Durchführung dieser Idee abzielenden Beschluß faßte.

Sodann wurde die Frage des Antisemitismus und des Nationalismus auf die Tagesordnung gesetzt. Der Maire von Lille, Delong, legte dar, daß der Antisemitismus in Nordfrankreich wenig erfolgreich sei.

Der Antisemitismus hat nie irgend eine Fraktion der ihrer Ziele bewußten und organisierten Arbeiterklasse zu verbindend vermocht.

f. London, 19. September. Die Verhandlungen über eine Verschmelzung der Social Democratic Federation (Sozialdemokratischer Bund) und der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) sind noch in der Schwebe.

Ob dies freilich einen sofortigen Erfolg haben wird, ist noch zweifelhaft; denn wenn auch beide Parteien in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte gemacht haben, so stehen doch die breiten Massen des Volkes der sozialdemokratischen Bewegung noch gleichgültig gegenüber.

London, 22. September. Das Reutersche Bureau erfährt aus Paris: Es verläutet, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten es abgelehnt, sich dem von den anderen vier Mächten vorgelegten Plan zu einer gemeinsamen Regelung der kretischen Frage anzuschließen.

Ranea, 22. Sept. Oberst Cherniside schlug den Admiralen die Errichtung eines Specialgerichtshofes in Smyrna zur Beurteilung der Unruhen in Kreta vor.

Veranstaltungskalender. Donnerstag: Stadtvorordneten-Wahlkomitee. Freitag: Metallarbeiter, Festsetzung zu Montag.

Vereine und Versammlungen.

Eine Versammlung von Einzelmitgliedern des Verbandes der Schmiede Deutschlands lagte am Mittwoch den 14. September bei Spiß, Seeburgstraße.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Den organisierten Arbeitern und Parteigenossen zur Nachricht, daß uns das Schmidt'sche Lokal in Keuschberg nicht mehr zur Verfügung steht, da Herr Schmidt keine öffentliche Versammlung irgend welcher Art in seinem Lokale erlaubt.

zur Verfügung steht, wie das in Nummer 215 der Leipziger Volkszeitung mit dem Zeichen C. W. geschrieben ist.

Der kommende Unfall.

Wer geht um? Der Teufel geht um! Der Stumm sucht den Lieber Oder Lieber den Stumm — Sie sind von gleichem Kaliber.

Was ist denn los? Der Teufel ist los! Bald frohlockt Stumm — Noch ein Bierchen bloß, Und Lieber fällt um.

Christoph Piepmeyer.

Telegraphische Depeschen.

Volks telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 22. September. Das Reutersche Bureau erfährt aus Paris: Es verläutet, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten es abgelehnt, sich dem von den anderen vier Mächten vorgelegten Plan zu einer gemeinsamen Regelung der kretischen Frage anzuschließen.

Ranea, 22. Sept. Oberst Cherniside schlug den Admiralen die Errichtung eines Specialgerichtshofes in Smyrna zur Beurteilung der Unruhen in Kreta vor.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Stadtvorordneten-Wahlkomitee. Freitag: Metallarbeiter, Festsetzung zu Montag.

Auskunft in Rechtsfragen.

J. Sch., Göhlis. 1. Der erste Termin ist zu bezahlen, wenn die Beitragspflicht bereits vor dem ersten Termin begann.

Briefkasten der Redaktion.

G. P., Neuschnefeld. Am 22. Nov. 1875 sagte Bismarck im Reichstage: „Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Aufhebung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern.“

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 22. Sept.: 257. Abon.-Vorstellung (1. Serie; grün). Die Hochzeit des Figaro. Romische Oper in 4 Akten von W. A. Mozart.

Altes Theater.

Donnerstag den 22. September: Im Weißen Röhl. Lustspiel in 8 Akten von Oscar Reumontal und Gustav Kadelburg.

Einige kleinere Anzeigen und Notizen, darunter eine Erwähnung des Theaters am Weißen Röhl.

Küchenzettel der südlichen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Saucere Kartoffeln mit Kalbbaunen. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Weißkohl u. Kartoffeln mit Rindf.

Für Private ein großer Posten getr. Uhren in Silber von 4 Mark an, gold. Herren-Remontoir-Uhren von 20 Mark an.

Verlag volkstüml. Wandschmuds Paul Weber, Lindenau Sophienstr. 11, III. r. Parteibilder jeder Art, geschmackvoll gestifte sozialdemokratische Wandspiegel.

Uhren! Nickeluhren von 6.- Remontoiruhren m. Goldr. von 10.- Goldene Damenuhren von 18.-

Billig! Billig! 25 Bettstellen mit Matratzen sind einzeln mit 5 Mark Abzahlung und wöchentlich 1 Mark Abzahlung abzugeben.

Meine als vorzüglich anerkannten Meuselwitzer Brikets „Marke Fortschritt“ verkaufe ab Lager immer noch zu Sommerpreisen.

E. Holzmann 4 Königplatz 4. Billigste Reparatur-Werkstatt.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren in nur solider Ausführung zu außergewöhnlich billigen Preisen empfiehlt Hermann Dietrich, Tischlermeister, Lindenau, Merseburger Str. 33.

Möbel, große Auswahl, neu u. geb., Berlin 28 Mark, Schränke 24, Ottom. 30, in Pilsch 55, Betten m. Matr. 22, Schreibstisch 35, Spiegel 10 u. 15, Tisch u. St. empf. bill.

Koffer u. Uhrkette billig zu verkaufen bei Witzling, Tauchaer Str. 10, pt.

Ein Pneumatik-Rover ist spotbillig zu verkaufen. Lindenau, Duxstr. 13, III. W.

Zu verkaufen 1 Winter-Hebergelcher, Jackett u. Weste für 17 jähr. Mädchen und 2 fast neue Damenkleider, große Figur, billig. Centralstr. 5, IV. 16.

Möbl. Zimmer an 1 od. 2 Hrn. bill. zu vermiet. Lessingstr. 12, Gartengeb. III. I.

Ein Billardball ist gefunden worden. Bahren, Ballische Str. 17.

Fahrrad-Auktion. Freitag den 23. Septbr. nachm. 4 Uhr verfertige ich freihändig im Restaurant Rosenkranz, Wilschdr. 15, 6 Stück hochfeine Pneumat.-Rover.

Agenten gegen hohe Provision und eventuell Diäten. Offerten unter J. K. 311 an den Invalidentag zu Leipzig erb.

Schriftschleiferin sucht sofort E. F. 300 Mark g. g. St. u. 5% B. a. 1 J. z. leih. gef. Off. unt. A. S. in d. Exped. d. Bl.

Patent-Bureau Lipsa besorgt Patente, Gebr.-Muster, Markenschutz unter günstigen Zahlungsbedingungen.

PATENTE Gebrauchsmuster in allen Staaten erwirkt und verwertet, Warenzeichen besorgt.

Neugebauer, stud. gebild., staatl. nicht geprüf., prakt. b. Homöopathie u. Naturholzmethode.

Möbel transportiert billig unter Garantie. Offerten unter E. U. 54 in d. Exped. dieses Blattes erbeten.

Familienanzeigen. Auf. Vater u. Schwiegermutter die besten Wünsche z. heut. Tage.